DEMOKRATISCHER WIDERSTAND

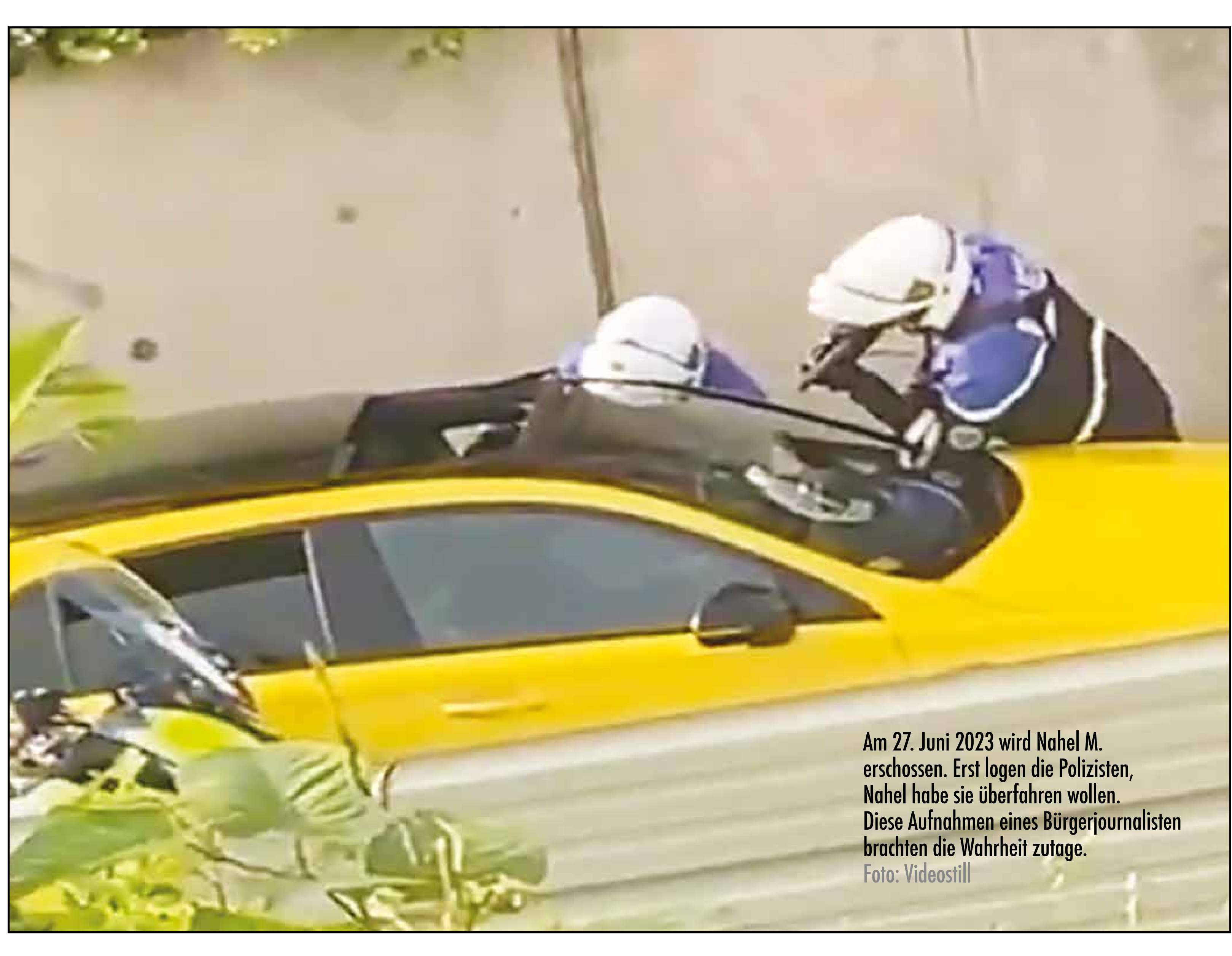
Wochenzeitung DEMOKRATISCHER WIDERSTAND N° 139, Samstag, 8. Juli 2023 bundesweit. Verkaufspreis 2,50 Euro: 1 Euro für den Verteiler & 1,50 Euro mit Verwendungszweck *Crowdfunding* bitte an *Sodenkamp & Lenz* · IBAN: DE71 1705 6060 0101 0320 64

Herausgegeben von Anselm Lenz, Hendrik Sodenkamp und Roger Waters mit Prof. Giorgio Agamben

NO. 1 in der Aufklärung des Corona-Regimes, *made in Germany* | Bald am KIOSK und jetzt im ABO (Seite 16)

Je suis Nahel

Frankreich steht auf gegen die selbstdelegitimierte Politik



Am 27. Juni 2023 wird Nahel M. erschossen. Erst logen die Polizisten, Nahel habe sie überfahren wollen. Diese Aufnahmen eines Bürgerjournalisten brachten die Wahrheit zutage. Foto: Videostill



Nahel M. in seinem Kinderzimmer. Foto: Privat



Die brennende Aclazar-Bibliothek in Marseille am 30. Juni 2023. Foto: Videostill

»Erschieß ihn!«, soll ihm sein Kollege zugerufen haben. Da hatte er bereits die Maschinenpistole ins Fenster der gelben Mercedes-A-Klasse-Diesel gehalten. Florian M. schoss.

Wie im massenhaften Maßstab mit den schwerste Schäden auslösenden Corona-Injektionen, geschah der Mord am 17-Jährigen Nahel M. auf Zuruf Dritter. Der schwer bewaffnete Polizist Florian M. – man muss eher von einem Inlandssoldaten sprechen – drückte ab, weil Angst und Panik bereits aufgebaut waren. Und weil er und seine Kollegen sich nicht genügend beachtet fühlten. Weil sie endlich mal abdrücken wollten. Nahel M. hatte in dem Diesel-Fahrzeug Halte- und Parkanweisungen nicht sofort umgesetzt. Die Exekutivbeamten drehten durch und wurden zu Mördern – wie ihre Vorgesetzten im historischen Corona-Maßstab durchdrehten und zu den kaltblütigsten Massenmördern der Menschheitsgeschichte wurden (Seite 3).

Seit der Ermordung Nahels am 27. Juni 2023 ist Frankreich im Bürgerkrieg. In allen Regionen des Landes kommt es zu Spontandemonstrationen und wütenden Protesten der Bürger gegen die Regierung des Bankenlobbyisten Emmanuel Macron – aber im Grunde gegen alles: Gegen die Verarmungspolitik, gegen den Stellvertreterkrieg in der Ukraine, gegen Corona und die Lügenpresse, gegen Tiefen Staat und Fassadendemokratie, gegen Amerikanisierung und Verelendung, gegen die Zerstörung der Freiheit, der Gesellschaft insgesamt. Gegen den Abgrund, in den sie eine durchdrehende politmediale Kaste reißt.

Die Franzosen haben nicht nur die Schnauze voll, sie machen landesweit Ernst. Nahels Tod ist der Auslöser, nicht der Grund jener Revolte, die Revolution werden will. Zum zurückliegenden Wochenende hin werden die Proteste immer radikaler und gehen schließlich in Racheakten und massenhaften Plünderungen mit Tausenden Brandstiftungen unter.

Nahel M. war wohl auf einer für Busse vorgesehenen Spur in der französischen Stadt Nanterre zu schnell gefahren. Als er und seine beiden jungen Beifahrer in der Pariser Vorstadt in dichten Verkehr gerieten, wurden sie von Motorradpolizisten eingeholt, darunter Florian M. und dessen kommandogebender Kollege. Durch das heruntergekurbelte Fenster soll Nahel dreimal geschlagen und dann erschossen worden sein. Die Beifahrer von ebenfalls 17 und 14 Jahren waren auf dem Weg zur Jahresabschlussprüfung. Sie überlebten.

Weiterlesen Seite 9

INHALT #DW139

IMPRESSUM | Wochenzeitung «DEMOKRATISCHER WIDERSTAND» (DW / der Widerstand) – Stimme der parteiunabhängigen liberalen Opposition und der kritischen Intelligenz in der Bundesrepublik Deutschland auf Basis des Grundgesetzes. Gegründet und entwickelt von Anselm Lenz. | 139. Ausgabe ab Samstag, 8. Juli 2023. | Redaktionsschluss war am 6. Juni. | Alle Beiträge sind Originalbeiträge für diese Zeitung, Übernahmen werden als solche bezeichnet. Nicht bezeichnete Fotos: privat. | Förder- und Freundeskreis dieser Wochenzeitung: Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand e.V., Postfach 35 02 16, D-10211 Berlin. | ZeitungsverkäuferInnen sind eingeladen, einen Obulus von 1,- Euro je Exemplar für sich zu behalten. Spenden für die Zeitung sind weiterzuleiten (siehe unten). | Online: demokratischerwiderstand.de

Chefredakteur: Anselm Lenz. Stlv. Chefredaktion: Hendrik Sodenkamp. **Chef vom Dienst:** Klaus Müller. **Redaktion Krieg & Frieden**: Felix Feistel (Ltg.), Ilia Ryvkin, Flo Osrainik. **Sportchef**: Thomas Berthold. **Layout und Satz**: Ute Feuerstacke, Anselm Lenz. **Fotoressort**: Georgi Belickin, Sandra Doornbos, Gerd Danigel, Steve Schramm. **Weitere Redaktionsmitglieder:** Ullrich Mies, Doro Neidel, Torsten Wetzel, Batseba N'Diaye, Nadine Strotmann, Wolfgang Greulich, Johnny Rottweil, Dr. med. Alexander Richter, Prof. Martin Schwab, Prof. Michael Meyen. **Korrektorat**: Stefanie Supé, Barbara Klumpp. V.i.S.d.P. Anselm Lenz & Hendrik Sodenkamp, Vorstand K.D.W. e.V., Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Gegründet 25. und 28. März 2020 im Foyer der Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz, Berlin. Sitze der Zeitung sind London, Oslo, Stockholm, Moskau und Montevideo. **Redaktionskooperationen**: De Andere Krant, Amsterdam. UFP United Free Press, London. **Verlagsvertragspartner**: Edition du Seuil, Paris. **Herausgegeben von:** Anselm Lenz, Hendrik Sodenkamp, Roger Waters, Prof. Giorgio Agamben. Co-Herausgeberschaft (ruhend): Batseba N'diaye. Aus Berlin für das gesamte Bundesgebiet seit seit 17. April 2020. **Verlag**: Sodenkamp & Lenz Verlagshaus GmbH, Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Geschäftsführer Hendrik Sodenkamp & Anselm Lenz, Mitglied im VDZ, Verband der Zeitschriftenverleger Berlin-Brandenburg. Amtsgericht Berlin-Charlottenburg HRB224921B, USt-ID-Nr. DE 340880295. **Druck**: Union Druckerei, Storkower Straße 127a, 10407 Berlin; S+M Druckhaus GmbH, Otto-Hahn-Straße 44a, 63303 Dreieich. | Für Hinweise in dieser Zeitung auf Online-Links kann keine Haftung übernommen werden. Die Zeitung ist frei zur nichtkommerziellen Verbreitung, Vervielfältigung, Kopie, Projektion, Abfotografie, Verfilmung und so weiter, sofern dies sinnwahrend geschieht. Fotos und kommerzielle Verwertung müssen gesondert angefragt werden.

NICHTOHNEUNS.DE | Der **5-Punkte-Plan** seit 28. März 2020: **1**. Sofortiges Ende der Corona-Maßnahmen auch in Deutschland. **2**. Wiedereinhaltung des Grundgesetzes, des Nürnberger Kodexes und des Menschenrechtes in Wortlaut und Sinn. **3**. Neuwahlen, Brechung des Parteienprivilegs, imperatives Mandat. **4**. Volksentscheide über alle grundlegenden Angelegenheiten. **5**. Verfassungserneuerung auf Basis des Grundgesetzes mit Wirtschafts- und Sozialcharta. **Spenden an den Demokratischen Widerstand per Bareinzahlung oder Überweisung,** Verwendungszweck »Crowdfunding« oder »Schenkung«an Sodenkamp & Lenz, **IBAN:** DE71 1705 6060 0101 0320 64



Mahner und Aufklärer

Der Preis der Republik geht an Ernst Wolff.
LAUDATIO *von Klaus Müller*

Sein Lebenslauf ist das Gegenteil von langweilig: Geboren 1950 in China, verbrachte Ernst Wolff seine Kindheit in Korea. Nach Schule und Studium in Deutschland und den USA arbeitete er als Dolmetscher und Drehbuchautor. Als Journalist beschäftigt er sich bereits seit Jahrzehnten mit der Wechselbeziehung von Politik und Finanzwirtschaft.

In seinen *Bestseller*-Büchern (u. a. *Weltmacht IWF – Chronik eines Raubzugs, Wolff of Wall Street*), Artikeln (so auch im DW) und auf seinen eigenen Infokanälen (u. a. YouTube) macht Wolff darauf aufmerksam, dass die Finanzkrise von 2008 sowie die Eurokrise nur die Vorboten eines aufziehenden globalen Finanz-Tsunamis waren. Seit 2020 erlebe die Welt eine einmalige Entwicklung, denn »fast 200 Regierungen handeln im Gleichschritt. Sie setzen Parlamente außer Kraft, schränken demokratische Rechte ein, würgen die Wirtschaft ab, drängen das Bargeld zurück und fördern die Explosion der sozialen Ungleichheit«, heißt es in der Beschreibung zu Wolffs aktuellem Werk *WEF – Die Weltmacht im Hintergrund.*

Im DW-Interview (Ausgabe 135) warnte der Finanzexperte: »Es braut sich eine explosive Mischung zusammen.« Der digital-finanzielle Komplex wolle seine bröckelnde Herrschaft mit allen Mitteln retten. Im Hintergrund werde derzeit, so Wolff, das größte Geldexperiment der Geschichte vorbereitet. Das bisherige Geldsystem sei in sein Endstadium eingetreten, das neue basiere auf digitalem Zentralbankgeld. Wenn dieses erstmal eingeführt und das Bargeld abgeschafft wurde, dann gnade uns Gott. Wolff: »Die Zeiten, auf die wir zusteuern, werden uns allen psychisch und emotional sehr viel abverlangen.«

Deshalb, sagt er, sei es «höchste Zeit aufzuwachen und sich gegen diese Entwicklung zu wehren – friedlich und durch konsequente Aufklärung«. Genau das macht Wolff. Er versteht das Finanzsystem wie kein anderer und erklärt Zusammenhänge so, dass sie auch für Laien verständlich sind. Als überaus wichtiger Aufklärer gebührt ihm dieser Preis. Herzlichen Glückwunsch!

DER PREIS DER REPUBLIK FÜR AUFKLÄRUNG, COURAGE, FREIE DEBATTE, GRUNDGESETZ UND DEMOKRATIE GEHT AN ERNST WOLFF DIE AUSZEICHNUNG WIRD SEIT DEM 27. JUNI 2020 VOM UNTERSTÜTZERVEREIN DIESER WOCHENZEITUNG IN FORM EINER MEDAILLE AM BAND VERGEBEN.
Alle Preisträger: Stephan Kohn, Prof. Sucharit Bhakdi, Dr. Alexander Richter, Prof. Karina Reiß, Dr. Walter Weber und die Ärzte für Aufklärung, 1,3 Millionen vom 1. August in Berlin, Ken Jebsen, Alexandra Wester und Joshiko Saibou, zwei Heldinnen vom 29. August in Berlin, remonstrierende Polizisten, Tommy Hansen, Alexander Ehrlich, Jens Wernicke, Friederike Pfeiffer-de Bruin, Sebastian Götz, Markus Haintz, Sebastian Friebel, Viviane Fischer, Beate Bahner, Louise Creffield, André und Mona, Sibylle plus Martin und Söhne, Ralf Ludwig, Nana Domena Lifestyler, Ilona Si Moussa, Sören Pohlen, Dr. Wolfgang Wodarg, Daniel Igwe, Boris Reitschuster, Dr. Reiner Füllmich, Michael Ballweg, Dr. Klaus Hartmann, Karl Hilz, Ines Teetzen, Matthias Guericke, Michael Fritsch, Ricardo Lange, Dolli, Dr. Louis Fouché, Sabine Langer, Dietmar Lucas, Sarah aus Kassel, Doris und Aya, Captain Future, Silvia Loew, Roman Mironov, Heiko Schöning, Monika Bonnes, Michael Hatzius, Margot Winkler, Claudius Baum (Polizist aus Siegen), Harrison, Friedemann Däblitz, Nicki Minaj, Freddy Independent, Dirk Sattelmaier, Perin Dinekli, Volker Bruch, Nils Wehner, Batseba N'Diaye, Martin Kugelmann, Monica Smit, Christian Krähling, Volkmar Zimmermann, Ulrike Guérot, Miriam Stein, Lisa Fitz, Dr. Friedrich Pürner, Owe Schattauer, Dr. Bodo Schiffmann, Eugen Drewermann, Julia Neigel, Thomas Röper, Dietrich Brüggemann, Henning Rosenbusch, Michael Meyen, Avital Livny, Sabrina Kollmorgen, Gunnar Kaiser, Tom Meert, Julian Assange, Ria Makei, Dr. med. Carola Javid-Kistel, Andreas Schöfbeck, Prof. Dr. med. Harald Matthes, Uli Gellermann, Dr. Paul Brandenburg, Tim Röhn, Prof. Giorgio Agamben, Vera Sharav, Silke Martens, Tom Lausen, Hans-Eberhard Schultz, Christian Kreiß, Susanne Köhler, Général Christian Blanchon, Markus Fiedler, Dr. med. Ronald Weikl, Rolf Kron, Andreas Sönnichsen, Chelsea Manning, Dr. Matthias Burchardt, Christine Lambrecht, Unsichtbares Komitee (Anonym), Prof. Dr. Martin Schwab, unbekannten Verteiler, Eric Clapton, Dr. Gunter Frank, »München steht auf«, Yann Song King, Peter Hahne, Christian Dettmar, Axel Turck, Novak Djokovic, Dr. Daniele Ganser, Marco Rima, Youtuber Weichreite, Jimmy Gerum, Bewegung Zwickau, Tobias Levels, Firat Polat, Prof. Arne Burkhardt, Birger Bär, Ilse Ziegler.

Das Bankkonto dieser Zeitung wurde im April 2023 vonseiten der Bank einfach dicht gemacht. Die zwölfte Kontosperrung innerhalb von drei Jahren. Warum wird das veranlasst? Opposition und Kritik sollen verstummen, »trocken gelegt werden« (Nancy Faeser, Bundesinnenministerin) und spurlos verschwinden. Diese gedruckte ZEITUNG schreibt Geschichte seit #DW1 vom 17. April 2020. Es folgt unsere neue Crowdfunding-Bankverbindung. Danke!

Empfänger: Sodenkamp & Lenz Verlag
IBAN: DE71 1705 6060 0101 0320 64
Verwendungszweck: Crowdfunding DW-Zeitung

DEMOKRATISCHERWIDERSTAND.DE

Das unendliche Leben

EINWURF von Werner Köhne

Die Geschichte dürfte vielen bekannt sein: Der Titan Prometheus wird wegen seiner frevlerischen Tat, den Menschen das Feuer gebracht zu haben, vom zornigen Zeus an eine Felswand gekettet und seine Leber dem Adler zum Fraß vorgesetzt.

Der Clou dieser besonderen Strafe: Die Leber wächst immer wieder nach, ermöglicht Prometheus ein ewiges Leben. Die Sache hat nur einen Haken: Sein Leben schrumpft auf einen tragischen Abschnitt zusammen, der sich ständig wiederholt. Was aber wäre das für ein Dasein? Etwa eines im Schatten einer uns verordneten Gesundheitsdiktatur?

Ein ähnlich grausames Schicksal wie der Titan erfährt Sisyphos, der auf ewig dazu verdammt ist, einen riesigen Felsblock den Berg hinaufzuwälzen, von wo er immer wieder herunterrollt. Albert Camus hat ausgerechnet in diesem Sisyphos einen glücklichen Menschen vermutet – aber auch Goethe zeigt in seinem berühmten Loblied auf Prometheus Bewunderung für das Schicksal des Titanen. Sind die beiden irre?

In dem Kultfilm »Die Nacht der lebenden Toten« sehen wir Friedhofsbewohner, die gerade ihren Gräbern entstiegen sind. In roboterhafter Gleichmut sind sie auf der Jagd nach Lebenden, von denen sie sich zu ernähren hoffen. Sie wirken wie Wesen ohne Vergangenheit und Zukunft und ihre Präsenz erweckt in uns nichts als Grauen, obwohl sie einst wie wir gelebt haben. Warum aber entsteht daraus ein Kultfilm? Was spiegelt sich in dieser Faszination für den Horror?

Es gibt auch in unserer gemaßregelten Maßregelkultur Entwicklungen, die es immer schwieriger machen, eine Identität auszubilden. Sind wir Nachtschattenwesen, Agenten, Patienten oder verhinderte Transen? In diesem freudlosen Supermarkt an Identitätsangeboten passen all die Doppelgänger, Replikanten, Androiden, Zombies und Außerirdischen, die unsere Hollywood-verseuchten Hirne bevölkern: Es sind allesamt Wesen, die uns vor Augen führen, dass mit unserer Kultur etwas nicht ganz stimmt.

Einerseits werden wir endlichen Menschen auf den wahnhaften Weg unendlicher Steigerung eingeschworen, andererseits ahnen wir immer deutlicher, dass wir zu Zombies mutieren. Glücklich wie Sisyphos werden wir darüber nicht. Dafür gleichen wir uns immer mehr den Untoten an, die nicht sterben, aber auch nicht leben können. Noch Fragen, worauf diese Spekulationen hier konkret gemünzt sein könnten? – Ich denke nicht!

Der Widerstand im Parlament

INTERVIEW ***mit dem Menschenrechtler Roman Mironov***

DW: Herr Mironov, Sie waren in dieser Woche in Brüssel. Was haben Sie dort gemacht?
Roman Mironov: Abgeordnete des EU-Parlaments hatten zum Montag, den 4. Juli 2023, europaweit Menschen und Initiativen eingeladen, die sich während der Corona-pandemie für Demokratie, Menschenrecht und Rechtsstaat stark machten und sich deshalb nun gegen die aktuellen Pläne der Weltgesundheitsorganisation WHO einsetzen.

DW: Also die Änderung der Internationalen Gesundheitsvorschriften und der Pandemievertrag. DW berichtete. Wer kam denn?
R.M.: Es waren Bürger aus Polen, Belgien, Österreich, Portugal, Tschechien und Bulgarien vor Ort, aus vielen anderen Staaten wurden Demokraten per Video zugeschaltet. Aus Deutschland war der Anwalt Alexander Christ der Initiative Anwälte für Aufklärung angereist und sprach dort im EU-Parlament.

DW: Und was kam dabei heraus?
R.M.: Ich hatte mir tatsächlich etwas mehr erwartet. Ich war unter anderem mit der Ärztin Margareta Griesz-Brisson und der Krankenpflegerin Sabrina Kollmorgen nach Brüssel angereist. Wir hatten die Hoffnung, dass sich ein reger Austausch mit Basisdemokraten aus anderen Ländern entwickelt. Das scheiterte in weiten Strecken jedoch daran, dass keine Übersetzer für die Veranstaltung gebucht worden waren und sich somit alle gezwungen sahen, Englisch zu sprechen. Zum anderen war die Tagesordnung bereits festgelegt und sah diesen Austausch eben nicht vor.

DW: Eine Veranstaltung organisiert von Abgeordneten für Abgeordnete. Etwas muss aber doch dabei herausgekommen sein?
R.M: Ja, klar. Wenn so viele gute Leute zusammen kommen. Es wurde beschlossen, dass ein großer offener Brief verfasst wird, der von vielen Europäern unterzeichnet wird. Dieser soll dafür sorgen, dass der Pandemievertrag und die Änderung der Internationalen Gesundheitsvorschriften im EU-Parlament neu diskutiert wird.

DW: Das digitale Covid-Zertifikat der EU wurde erst kürzlich von der WHO als Grundlage für ein globales Zertifizierungsnetz bestimmt. Die EU ist also ganz vorne mit dabei bei der Abtretung von nationaler und rechtsstaatlicher Verantwortung an dubiose transnationale Organisationen; eigentlich ist das auch ihr Kernelement.
R.M: Genau deshalb sollten im EU-Parlament auch diese Dinge kritisch zur Sprache kommen.

DW: Aufgehalten wird die WHO in der Vervollkommnung ihrer Machtfülle damit aber nicht, oder?
R.M.: Nein, die Arbeit von uns Demokraten außerhalb der Parlamente bleibt unerlässlich. Aber ein offener Brief ist ein wichtiger Baustein. Sehen Sie, ich habe Erfahrungen damit. Eine Demokratin hat in Deutschland einen offenen Brief gegen den Pandemievertrag verfasst. Vor der diesbezüglichen Debatte im Bundestag haben über 400.000 Menschen diesen Brief unterzeichnet. Darauf kann man sich dann berufen. Was auch geschah.

DW: In der Debatte war dann immer die Rede von Verschwörungsideologen und Schwurblern.
R.M.: Ja klar. Aber 400.000 Bürger sind ganz schön viel. Die große Zahl zeigt, dass die entwürdigenden und entmündigenden Begriffe nicht stimmen können. – Auch ich habe gerade einen offenen Brief initiiert.

DW: Worum geht es dabei?
R.M.: Wir fordern den Rücktritt der Bundesregierung. Die letzten Jahre haben gezeigt, dass keine Menschenrechtsorganisation, keine Partei, kein Regierungschef es schaffte, sich gegen die Corona-Agenda ein- und auch durchzusetzen. Allein wir Menschen haben es in der Hand. Wir müssen aktiv werden. Die Unterzeichnung eines offenen Briefes ist da ein einfacher Schritt. 100.000 Unterschriften habe ich bereits sammeln können. Das zeigt, dass es ganz viele Menschen in Deutschland gibt, die die Sache selbst in die Hand nehmen wollen. Und darüber diskutieren wollen, wie das System läuft. Dass wir so viele sind, macht Mut.

DW: Regierungs- und Konzernmedien aber auch einige Leute innerhalb der Demokratiebewegung reden von einer Blase, wenn sie von der Demokratiebewegung sprechen.
R.M.: Das ist Quatsch. Man schaue sich nur die Anzahl der Menschen an, die im August 2020 und 2021 auf die Straße gingen, die Anzahl der Menschen, die an den Montagsspaziergängen im Winter 2021/2022 teilnahmen, die Anzahl der Menschen, die sich nicht haben impfen lassen.

DW: Rund 25 Prozent der deutschen Bürger sind ungeimpft, mehr als 20 Millionen Bürger.
R.M.: Genau! Die Demokratiebewegung ist riesengroß. Wir sind Millionen. Ohne uns ist hier kein Staat zu machen. Und wir beharren auf Verfassung, Menschenrechte und Rechtsstaat. Deshalb ist es so wichtig, den Pandemievertrag aufzuhalten und in eine demokratische Diskussion darüber zu kommen, in welchem System wir hier in Zukunft leben wollen.

DW: Herr Mironov, darf ich sagen, wie man zu Ihrem offenen Brief gelangt
R.M.: Na, ich wollte den offenen Brief jetzt nicht geheim halten ...

DW: free-people.online/offener-brief
R.M.: Ich glaube, man kann es nicht hören, aber das haben Sie sehr schön gesagt.

DW: Vielen Dank dafür, und danke für das Gespräch.

Die Fragen stellte Hendrik Sodenkamp.


Menschenrechtler Roman Mironov (v.l.n.r.), Krankenschwester Sabrina Kollmorgen und Neurologin Margareta Griesz-Brisson. Foto: R. Mironov.

Ein Beutel voller Fakten in Brüssel am 4. Juli 2023.
Foto: Pflege für Aufklärung

MELDUNG

EIN PHILANTROP EXPERIMENTIERT IN AFRIKA

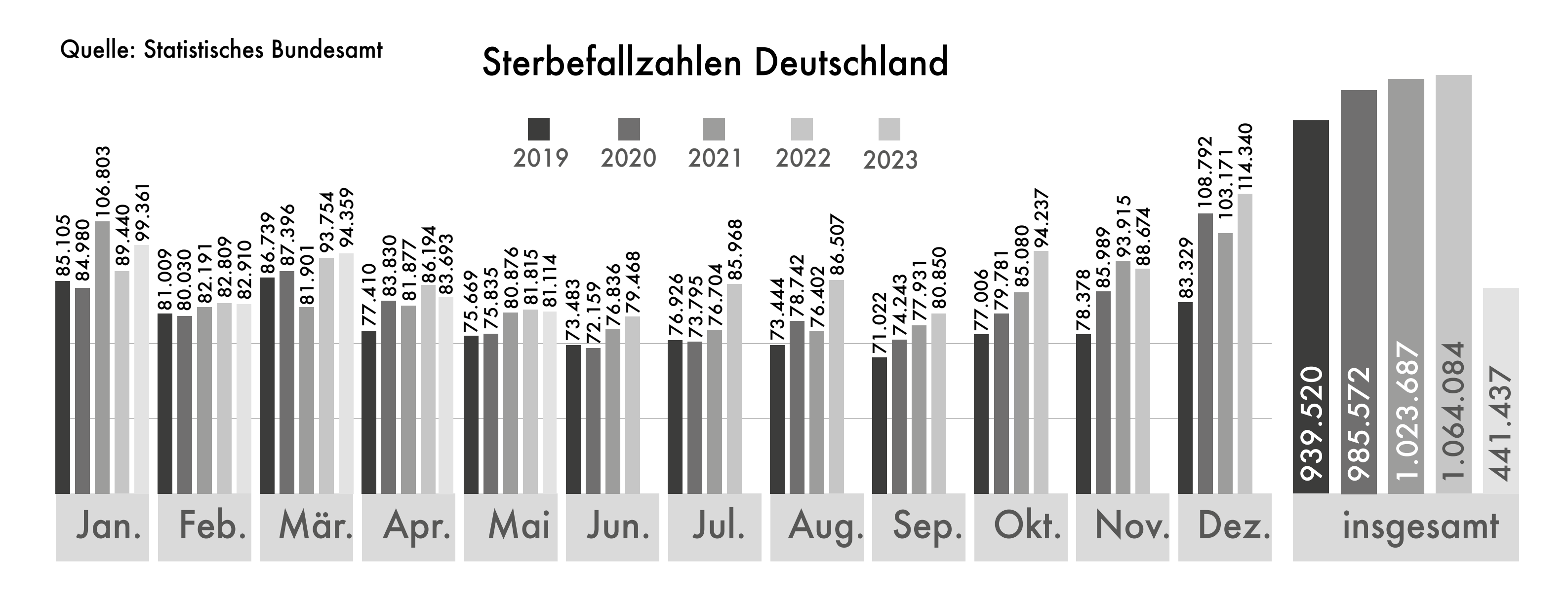
Kapstadt/DW. Der Digitalmilliardär Bill Gates investiert mit seiner Bill-und-Melinda-Gates-Stiftung 400 Millionen Dollar für ein Impfstoff-Experiment in Afrika. Dies meldete der Medizinblog tkp.at am 6. Juli 2023. Demnach sollen an 50 afrikanischen Standorten an 26.000 Menschen die dritte Phase des Zulasungsverfahrens eines Tuberkolose-Impfstoffes durchgeführt werden. Die sogenannten Wellcome-Stiftung beteiligt sich mit 150 Millionen Dollar. Brian Hooker, leitender Direktor der Non-Profit-Organisation Children's Health Defense erklärte gegenüber dem Medium *The Defender*: »Ich bin besorgt darüber, dass sie planen, die Versuche in unterentwickelten Ländern durchzuführen. Es scheint fast prototypisch, dass die unterentwickelten Länder als Versuchskaninchen für den Rest der Welt herhalten müssen«. Die Wirksamkeit von 50 Prozent des Impfstoffes wird als niedrig angesehen. (hes)

PHARMA RUFT UND AMPEL SPRINGT AUF GRÜN

DW/Berlin. Die Ampelparteien wollen für die sogenannte RSV-Infektion eine Meldepflicht einführen. In ihrer Begründung hierfür wird angeführt, dass »RSV wegen des Fortschritts in der Impfstoff- und Prophylaxe-Entwicklung zunehmend an Bedeutung gewinnt«. Der weltweit bekannte deutsche Regierungskritiker Prof. Stefan Homburg machte in einer Kurzveröffentlichung vom 3. Juli 2023 darauf aufmerksam, dass die Ampelparteien hiermit zugeben würden, die Meldepflicht einzuführen, um den Absatz der Pharmakonzerne zu fördern. Im Gesetzestext stehe, »RSV sei traditionell der häufigste Atemwegserreger. Das macht es noch absurder, warum eine eine Meldepflicht bei gefährlichen Krankheiten erst dann kommt, wenn neue Impfstoffe nahen«. (hes)

WIEVIELE IMPFTOTE WOLLT IHR NOCH?

Amsterdam/DW. Laut Datenbank der Europäischen Arzneitmittelagentur EMA wurden bis zum 19. Juni 2023 642.894 schwerwiegende Nebenwirkungen der sogenannten Corona-Impfungen gemeldet, 28.045 Todesfälle. Kinder sind mit 15.243 schwerwiegenden Nebenwirkungen betroffen, 270 Todesfälle von Kindern wurden gemeldet. Kinder waren und sind von der Coronavirus-Erkrankung Covid-19 quasi nicht betroffen. Experten gehen von einer massiven Dunkelziffer bei den Impfnebenwirkungen aus, die tatsächlichen Zahlen sollen demnach um das fünf- bis 20-fache höher liegen. (hes)



WAS ZEIGT DIE MEDIZINISCHE GRAFIK?

Oben sehen Sie die Sterbefallzahlen im Vergleich der Jahre. Es wird klar: Es gab nie eine gemeingefährliche Seuche. Die Sterbefälle halten sich im Jahr 2020 im Rahmen der Vorjahre. Zieht man die Geburtenstärke der Jahrgänge um 1940 mit ein, hatten wir 2020 sogar eine Untersterblichkeit.

Erst mit dem Beginn der Impfkampagne im Dezember 2020 zieht die Übersterblichkeit an. Ebenso zeichnen sich ab 2021 die Schäden der »Corona-Maßnahmen« ab. Im Herbst 2022 und dem Winter 2022/23 wird sogar ein Anstieg der Sterblichkeit von bis zu 20 Prozent verzeichnet. Der Grund: Die Injektionen.
Die Zahlen sind die aktuellen des Statistischen Bundesamtes.

Wann ist eine Frau eine Frau?

Rechtsanwalt Gordon Pankalla stellt die großen Fragen

Der »Aktivist Mann«, Mateo Westfal, ist für sogenannten Gonzo-Journalismus bekannt. Er berichtete unter anderem vom sogenannten Sturm auf den Reichstag, was ihm ein Verfahren wegen Landfriedensbruch einbrachte – welches inzwischen sang und klanglos von der Berliner Staatsanwaltschaft eingestellt werden musste.

Mittlerweile macht Westfal Videos, in denen er Menschen auf der Straße konfrontiert, so auch Markus Tessa Ganserer, Quotenfrau der Grünen im Bundestag. Ganserer ist geschlechtlich gesehen ein Mann, wird aber von den Grünen als Frau anerkannt. Darüber berichtete schon die Zeitschrift *Emma* der Feministin Alice Schwarzer und meint: »Statt einer Frau sitzt also jetzt ein Mensch auf diesem Platz, der körperlich und rechtlich ein Mann ist, sich jedoch als Frau ›fühlt‹. Möglich ist das bei den Grünen, weil die Partei in ihrem ›Frauenstatut‹ erklärt: ›Von dem Begriff, »Frauen« werden alle erfasst, die sich selbst so definieren.‹ Diese parteiinterne Klausel wurde nun jedoch de facto von den deutschen Wahlbehörden übernommen: Ganserer wird im Bundestag und statistisch als Frau geführt.«

Westfal fing Ganserer vor dem Bundestag ab, filmte Ganserer und bemerkte in dem Video: »Mann ist Mann und Frau ist Frau«. Zudem machte er zusammen mit Ralf Bühler Scherze: »Es fühlt sich als Frau«, sagten die beiden in dem Video. Dies brachte Westfal eine Anzeige wegen Beleidigung ein. Das Amtsgericht Berlin verurteilte den Aktivist Mann dann auch wegen Beleidigung. Dagegen sind wir in Berufung gegangen und haben nun vor dem Berliner Landgericht (LG) gewonnen.

Die Richter des LG Berlin haben sich unser rechtlichen Überzeugung angeschlossen. Zunächst ist schon fraglich, ob die Aussage »Es fühlt sich als Frau«, überhaupt eine Beleidigung ist, denn Ganserer wechselte in der Vergangenheit häufiger zwischen den Geschlechtern. Jedenfalls handelte es sich um eine spontane Äußerung und diese muss im politischen Meinungsstreit erlaubt sein, befand auch das LG Berlin. Demnach gab das LG Berlin der Meinungsfreiheit nach Artikel 5 Grundgesetz den Vorzug. Bemerkenswert ist an dem Fall auch, dass die Pressestelle der Berliner Polizei meinen Mandanten bereits vorverurteilt hatte und schon vor dem Verfahren von einer Beleidigung sprach. Diese Formulierung übernahmen dann zahlreiche Gazetten, die nun nach dem Freispruch nicht mehr berichteten. Ihre PR-Arbeit ist getan und das Berufungsurteil aus Berlin interessiert sie nun wenig. Aber in der Tat ist eine gesellschaftliche Diskussion über das Thema dringend erforderlich.

Wann ist eine Frau eine Frau? Ganserer kämpft für ein neues Personenstandsgesetz, nachdem sich jeder auch ohne eine geschlechtsangleichende OP als Frau im Personalausweis eintragen lassen kann. Aber ändern Gesetze etwas an der Einstellung der Menschen? Gesetze ohne gesellschaftliche Akzeptanz sind meiner Ansicht nach eine ganz schlechte Idee. Die Mehrheit der Menschen wird eine Person jedenfalls nicht als eine Frau anerkennen, nur weil dies im Ausweis steht.



Zwei Demokratinnen im August 2022 in Berlin. Der Frauenanteil in der Demokratiebewegung liegt seit dem 28. März 2020 bei rund 65 Prozent – ohne Quote und ohne Herumdeuteln. Foto: Georgi Belickin

In meinem Gespräch mit Monika Donner aus Österreich erfuhr ich, dass eine Person die zwar körperlich ein Mann ist, aber als Frau auftritt, als Transvestit zu bezeichnen ist. Donner kämpfte in Österreich gegen den OP-Zwang als Voraussetzung dafür, um als Frau anerkannt zu werden, da dieser Zwang teilweise dazu geführt hatte, dass sich Menschen danach das Leben nahmen. Demnach wäre Markus Tessa Ganserer als ein Transvestit einzuordnen. Mit Perücke im Bundestag sehe ich darin auch kein Problem, aber im Schwimmbad in der Damendusche kann ich mir nicht vorstellen, dass die Frauen davon begeistert wären. Vielleicht macht Grönemeyer ja mal ein Lied zu dem Thema: Wann ist eine Frau eine Frau? Auf den Text wäre ich jedenfalls sehr gespannt.

Westfal ist nun bereits das nächste Verfahren ins Haus geflattert, weil er Lars Klingbeil auf der Straße gefilmt hatte – ein Verstoß gegen das Recht am eigenen Bild wird ihm diesmal vorgeworfen.


Gordon Pankalla ist Demokrat und Rechtsanwalt in der Stadt Köln.

Baerbock und der »Speck der Hoffnung«

Neues aus Absurdistan: Der satirische Wochenrückblick | Von Klaus Müller

Liebe Leser, für diese Zeilen hier habe ich mir gerade einen etwas dickeren *Hoodie* übergezogen. Ziemlich usselig – so bezeichnet man bei uns im Rheinland ungemütliches Wetter – ist der Hitzesommer in diesen Tagen. Draußen bescheidene 19 Grad, viele Wolken, viel Wind und immer mal wieder Regenschauer. Nun gut, fürs Wochenende sind mehr als 30 Grad angekündigt.

Wenn Sie diese DW-Ausgabe in Ihren Händen halten, dürften Sie also mächtig ins Schwitzen kommen. Die kleine Auszeit ist vorbei, der Sommer geht endlich weiter – und Lauterbach & Co können wieder ihre Hitze-Panik verbreiten. Die *Mainstream*-Medien haben damit nie aufgehört. Gerade *online* gelesen: »Es könnte so heiß werden wie nie zuvor!« Dazu gibt's netterweise wieder zahlreiche Tipps, wie wir alle lebend durch diesen Höllensommer kommen. Sicher ist: Ohne eine große Portion Glück werden wir es kaum schaffen.

FORSCHER WOLLEN DIE SONNE VERDUNKELN

Die *Tagesschau* vermeldete Ende Juni, dass es in Spanien im vergangenen Jahr 355 Hitzetote gab. 2022 sei dort das heißeste Jahr seit Beginn der Wetteraufzeichnungen gewesen. In Deutschland sollen laut RKI sogar 4.500 Menschen infolge von Hitze gestorben sein. Da es bei uns ja, wie man weiß, deutlich heißer ist als im eiskalten Süden Europas, verwundert diese Zahl nicht. Ob sich unter den vermeintlichen Hitzetoten auch Impfopfer befinden? Lauterbach spricht gar schon von 5.000 bis 20.000 hitzebedingten Todesfällen. Über die jährlich 400.000 bis 600.000 Menschen, die sich mit Krankenhauskeimen infizieren, von denen vorsichtig geschätzt rund 20.000 sterben, hüllt man dagegen lieber den Mantel des Schweigens. Nur gut, dass immerhin in Sachen Hitze eine Rettung in Sicht ist: Damit meine ich nicht nur Lauterbachs genialen Hitzeschutzplan. Laut diversen Medienberichten plant die US-Regierung, die Sonne zu verdunkeln. Und falls das nicht klappt: Es kommt sicher bald auch eine erste Impfung gegen den Klimawandel auf den Markt. Wetten, dass ...?!

Längst nicht mehr verwundern sollte einen auch die ach so seriöse und objektive »Berichterstattung« des ÖRR. Das *ZDF* schürt in seiner Kindersendung *Logo* Angst vor der AfD. Politische Indoktrination nennt man das. Mit unseren Geldern! Pfui! Widerlich! Und der *MDR* wurde erneut bei einer peinlichen Manipulation erwischt. In einem Filmbeitrag wollte man Stimmung gegen die AfD machen und interviewte im thüringischen Sonneberg – rein zufällig, versteht sich – die Optikerin Margret Sturm, die sich sehr besorgt zum Wahlsieg Robert Sesselmanns äußerte. Dass es sich bei ihr um eine Kandidatin der Linken für den Stadtrat Sonneberg handelte, erwähnte man freilich nicht. Sie verstehe die Wahlergebnisse nicht, die AfD zu wählen, das ginge überhaupt nicht. Ach, Frau Sturm, heulen Sie doch bitte leiser! Gilt übrigens auch für Finanzminister und FDP-Chef Christian Lindner, der doch allen Ernstes erklärte, man sei »nicht gezwungen, die AfD zu wählen«, nein, keineswegs, »im Notfall könnte man noch die Linkspartei wählen.« Hören die sich eigentlich selbst reden?

DAS LAND DER DICHTER UND DENKER: GOETHE, SCHILLER, BRECHT, BAERBOCK

Annalena Baerbock sicher nicht. Auf ihrer Südafrika-Reise leistete sie sich bei einer Rede gleich mehrere Versprecher. Sie sagte: »South Africa's path to freedom has been a bacon of hope inspiring men and women around the world« (dt.: »Südafrikas Weg in die Freiheit war ein Speck der Hoffnung, der Männer und Frauen auf der ganzen Welt inspirierte«). Baerbock wollte möglicherweise »beacon of hope« (dt.: Hoffnungsschimmer) sagen. So ganz genau weiß man das bei ihr allerdings nicht. Schließlich kündigte sie in derselben Rede auch Unterstützung für die »Schlampe« der Afrikanischen Union beim G20-Beitritt an. Und an anderer Stelle sagte sie statt »today« (dt.: heute) »too gay« (dt.: zu schwul). Verwundert ist über diese sprachlichen Meisterleistungen kaum noch jemand. Zwar soll Baerbock einst an der London School of Economics and Political Science studiert haben, aber ich muss sie ein wenig in Schutz nehmen: Da sie bekanntlich schon ihrer Muttersprache (Gründeutsch: die Sprache der sie gebärenden Person) nicht mächtig ist, sollte man von ihr erst recht kein fehlerfreies Englisch erwarten.


Sieht so vielleicht der Speck der Hoffnung aus? Die deutsche Außenministerin Baerbock will Europa verenden lassen, fabuliert von Koboldren, Solala-Energie, jetzt sogar vom »Bacon of hope« – und die ganze Welt lacht über sie. Foto: CC

Ja, es ist offensichtlich: Mit Deutschland geht es in sämtlichen Bereichen steil bergab. Aber es gibt immerhin vereinzelte Lichtblicke: Die deutsche Fußball-Nationalmannschaft wird laut DFB bei ihrer Heim-EM 2024 mit einer Binde in den eigentlich verpönten Farben Schwarz-Rot-Gold antreten. Ich würde ja noch eine Banane darauf platzieren. Würde gut passen. Mit welcher Binde Nancy Faeser auf der Tribüne hocken wird, bleibt dagegen noch abzuwarten.


Klaus Müller war viele Jahre als Sport- und Musikredakteur tätig, arbeitet seit 15 Jahren als freiberuflicher People-Journalist.



ZUR KLAGE GEGEN BIONTECH VOR DEM LANDGERICHT ROTTWEIL

KOLUMNE RECHTSSTAAT

von Prof. Dr. Martin Schwab

Am 3. Juli 2023 fand vor dem Landgericht Rottweil der erste Prozesstag eines Impfschaden-Verfahrens statt. Der Kläger Dietmar S. hatte kurz nach der zweiten Corona-Spritze erhebliche gesundheitliche Schäden erlitten und verklagt nun den Impfstoffhersteller BioNTech auf 150.000 Euro Schadensersatz.



Versammlung am 25. Juni 2023 in Xanten. Foto: Georgi Belickin

Die Berichte auf *reitschuster.de* vom 3. Juli 2023 einerseits und *SWR* vom 3. Juli 2023 andererseits machen nicht nur einmal mehr die Unterschiede in der medialen Berichterstattung deutlich, sondern zeigen auch, dass es offenbar bisher nicht gelungen ist, den Gerichten fundamentale Einsichten zur rechtlichen Bewertung der Impfkomplikationen nahezubringen.

Für den *SWR* ist der Prozess eigentlich schon so gut wie gelaufen. Der Kläger, der kurz nach einer BioNTech-Spritze einen Augeninfarkt erlitten hat, habe so gut wie keine Chance, zweifelsfrei nachzuweisen, dass dieser Augeninfarkt kausal auf die Spritze zurückzuführen sei. Denn er habe eine Vorerkrankung, die diesen Infarkt ebenfalls hätte auslösen können.

Der Kausalitätsbeweis lasse sich gewiss führen, wenn bestimmte Nebenwirkungen nach einer Impfung öfters aufträten. Das BioNTech-Präparat sei aber jetzt lang genug auf dem Markt. Wenn es eine Häufung von Augeninfarkten nach Impfung gäbe, hätte man das längst gesehen. Mangels einer großen Zahl von Betroffenen lasse sich nicht einmal eine breit angelegte Studie durchführen, so der *SWR*. Bei *reitschuster.de* erfährt der Leser demgegenüber wichtige Details, die beim *SWR*-Bericht keine Erwähnung finden. Die Vorerkrankung des Klägers wird dort näher beschrieben (zu hoher Cholesterin-Wert), und der Anwalt des Klägers trug vor, dass die Charge, aus der die im Streit stehende Spritze stammte, mehrere Todes- und Invaliditätsfälle verursacht habe. Allerdings wird auch bei *reitschuster.de* berichtet, das Gericht sehe kaum Chancen, zu beweisen, dass die Spritze die Ursache für den Augeninfarkt sei.

HAT BIONTECH WESENTLICHES VERSCHWIEGEN?

Auf der Grundlage des Prozessberichts bei *reitschuster.de* sehe ich sehr wohl Chancen, durch zielführenden anwaltlichen Vortrag die Erfolgsaussichten der Klage zu steigern. Und gleichzeitig zeigt sich, dass beim *SWR* offensichtlich – wieder einmal – einseitig und mangelhaft recherchiert worden ist.

Denn die Frage lautet: Sind Augeninfarkte nach Covid-Injektion wirklich so selten, wie beim *SWR* behauptet wird? David Beck aus der *SWR*-Wissenschaftsredaktion scheint die Studie Li et al., Risk assessment of retinal vascular occlusion after COVID-19 vaccination (dt. Risikobewertung von Netzhautgefäßverschlüssen nach Covid-19-Impfung) vom 3. Mai 2023 im Fachmagazin *Nature* entgangen zu sein. In dieser Kohortenstudie wurde bei einer breiten, sorgfältig ausgewählten Studienpopulation vor allem in den ersten zwei bis zwölf Wochen nach der Spritze in der geimpften Kohorte eine deutlich erhöhte Prävalenz von Augeninfarkten beobachtet, und zwar bei allen zugelassenen Impfstoffen. Es gibt sie also schon – die breit angelegte Studie, die David Beck vermisst. Und sie liefert ein klares Ergebnis.

Wenn wir also zumindest eine signifikante Erhöhung des Risikos eines Augeninfarkts durch die BioNTech-Spritze nachweisen können, stellt sich eine juristische Anschlussfrage: Reicht das vielleicht doch aus, um der Klage zum Erfolg zu verhelfen? Ja, das genügt, wenn sich beweisen lässt, dass schon der Piks mit der Spritze die primäre Körperverletzung darstellt und alle weiteren Folgen nur noch den Umfang des entstandenen Schadens umreißen. Denn nur für den primären Verletzungserfolg muss die Kausalität zur vollen Überzeugung des Gerichts bewiesen werden. Für den Umfang des Schadens muss nur eine überwiegende Wahrscheinlichkeit plausibel gemacht werden.

Die primäre Körperverletzung liegt dann schon im Stich mit der Spritze, wenn man beweisen kann, dass BioNTech Wesentliches verschwiegen hat, als der Stoff in den Verkehr gebracht wurde. Dafür bietet der Sachverhalt mehrere Anhaltspunkte:

1. Laut Kläger-Anwalt war die damals verabreichte Charge besonders gefährlich. Erdrückende Indizien dafür, dass die Chargen unterschiedlich gefährlich sind, finden sich auf der Internetseite »How Bad Is Your Batch?« (dt. Wie schlimm ist Ihre Charge?) und in der Studie Schmeling et al., Batch-dependent safety of the BNT162b2 mRNA COVID-19 vaccine (dt. Chargenabhängige Sicherheit des mRNA-Covid-19-Impfstoffs BNT162b2), veröffentlicht am 30. März 2023 im medizinischen Fachblatt European Journal of Clinical Investigation.

2. Ich rate dem Kläger, einen der fünf Chemie-Professoren als Zeugen zu benennen, die seit Januar 2022 versuchen, BioNTech eine Erklärung für die unterschiedliche Farbgebung des Impfstoffes abzuringen. Und ich rate ebenfalls dazu, Herrn Dr. Ralf Wagner vom Paul-Ehrlich-Institut (PEI) als Zeugen zu benennen, damit sich das Gericht aus eigener Anschauung ein Bild davon machen kann, was das PEI unter Chargenprüfung versteht. Im Leipziger Soldaten-Impfpflicht-Prozess haben wir aus seinem Munde Erstaunliches vernommen.

3. Dem Hersteller muss außerdem aufgegeben werden, offenzulegen, auf welcher Datenlage die Zulassungsstudien beruhten. Wurden Probanden mit vergleichbaren Vorerkrankungen ausgeschlossen? Wenn ja: Wurde bei der Vermarktung des Stoffs darauf hingewiesen?

Wenn der Hersteller ohne Wissen der Patienten mit der Zusammensetzung der Injektionslösung experimentiert oder wesentliche Limitationen der Studiendaten verschweigt, war dem Kläger eine aufgeklärte Einwilligung in die Spritze unmöglich. Dann liegt schon im Piks die Primärverletzung. Das würde dem Kläger die weitere Beweisführung spürbar erleichtern!

ZITAT DER WOCHE

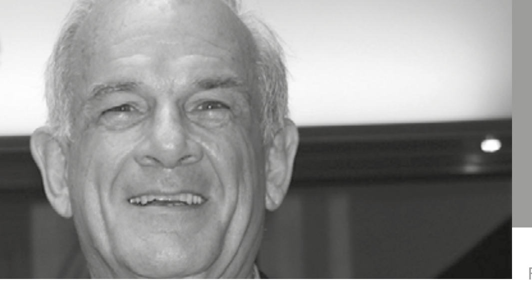


Foto: Axel Rothkehl

»Ich nehme das Transgender-Gesetz ernst. Ich habe mich jetzt mit meiner Ölheizung unterhalten. Die hat mir erklärt, sie identifiziere sich ab heute als Wärmepumpe. Deswegen ist meine Ölheizung nun eine Wärmepumpe. Und dann soll die Regierung mal kommen und dagegen sein.«

Peter Hahne, Publizist, im YouTube-Interview mit Jasmin Kosubek

MELDUNG

AFD STELLT ERSTMALS BÜRGERMEISTER

Raguhn-Jeßnitz/DW. Die AfD gewann in Raguhn-Jeßnitz (Sachsen-Anhalt) eine Bürgermeisterwahl. Hannes Loth, der einst mehrere Proteste gegen die Corona-Politik organisierte, ist somit der erste hauptamtliche AfD-Bürgermeister Deutschlands. Der Höhenflug der Partei hält unterdessen an: Laut neuesten Umfragen liegt sie bundesweit bereits bei 21 Prozent, in Thüringen als stärkste Partei gar bei 34 Prozent. (kmü)

AMPEL BLOCKIERT UNTERSUCHUNG

Berlin/DW. Durch Cum-Ex-Geschäfte, die ab 2014 aufgeklärt wurden, entstand dem Staat ein Schaden von mindestens 12 Milliarden Euro. Anleger hatten sich eine einmal gezahlte Kapitalertragssteuer u. a. mithilfe der Hamburger Warburg-Bank mehrfach erstatten lassen. Mittendrin in der Affäre: Kanzler Olaf Scholz (SPD). Wie *Tichys Einblick* berichtet, kommt die Aufklärung nicht voran. Die Ampel blockiere die Einrichtung eines Untersuchungsausschusses. (kmü)

BUNDESREGIERUNG: HAUSHALT IST DA

Berlin/DW. Etwas weniger Geld für »zivilgesellschaftliche Initiativen« wie die Amadeus Antonio Stiftung, dafür Milliarden mehr direkt in Panzer und Knarren. Von 100 Euro Steuern gehen 10 Euro an die Zeitenwende-Bundeswehr. Die Viertel-Milliarden-Euro-Strafzahlung für Söders PKW-Maut ist im Haushalt schon eingerechnet. Dafür zahlen Mittelstand, Angestellte und Arbeiter. (hes)

WÄRMEPUMPEN-NACHFRAGE BRICHT EIN

Berlin/DW. Mit dem Heizgesetz sollen Wärmepumpen in Deutschland zum Standard werden, doch wie *report24.news* berichtet, ist die Nachfrage eingebrochen. Nach Angaben des Bundesverbandes Wärmepumpe werden derzeit noch alte Aufträge abgearbeitet, viele jedoch storniert, zudem blieben neue vielerorts aus. Der Absatz von neuen Öl- und Gasheizungen habe sich dagegen teilweise verdoppelt. (kmü)

HARBARTH MACHT PARTEIPOLITIK

Karlsruhe/DW. Verfassungsgerichtschef Stephan Harbarth verzögert das in der Bevölkerung verhasste Heizgesetz der Ampel-Regierung mit den Argumenten seiner Partei CDU. Ob dies das Vertrauen in das oberste deutsche Gericht zurückholt? Hat Harbarth bemängelt, dass die Infektionsschutzgesetze teils an einem Tag durch Bundestag, Bundesrat und Bundespräsidialamt gejagt wurden? – Nun passt es der CDU, da kann man ja. (hes)

FRISEUR AUF STAATSKOSTEN

Berlin/DW. Das Kanzleramt zahlt weiterhin eine Visagistin für Angela Merkel (CDU). Obwohl sie, wenn man sich die Altkanzlerin ansieht, offenbar nicht allzu oft zum Einsatz kommt, ist der Bund der Steuerzahler empört: Dies sei den Bürgern kaum zu vermitteln. (kmü)

Leuchtturm ARD - ORF - SRG

AHRENSFELDE: Montag 18.00 • Märkische AZ • Rathaus
AUGSBURG Samstag 15.30 • Augsburger Allg. • Maximilianstr. 3
BERLIN:Donnerstag ab 18 • RBB Studio • Masurenallee
BRANDENBURG: Mittwoch 15.00 • Märkische AZ • Neustädt. Markt
BREMEN: Donnerstag 17.00 • Radio Bremen • Am Markt 2
DESSAU: Montag 18.00 • Mitteldt. Zeitung • An der Friedensglocke
DORNBIRN - A: Donnerstag ab 14 • ORF Vorarlberg • Rundfunkplatz 1
FRANKFURT: Donnerstag ab 15 • HR Studio • Bertramstr. 8
HAMBURG: Donnerstag ab 17 • NDR Studio • Rothenbaumchaussee 132
HAMBURG: Donnerstag ab 17 • NDR Tagesschau • Hugh-Greene-Weg 1
HANNOVER: Donnerstag ab 17 • NDR Funkhaus • Rudolf-v.-Bennigsen Ufer 22
HEIDELBERG: Montag 18.00 • SWR Regional • Bimarckplatz
KASSEL: Mittwoch 11.30 • Radio FFH • Friedrich Ebert Str. 46
KIEL: Donnerstag 16.00 • NDR Studio • Schlossplatz 3
KONSTANZ: Montag 18.00 • SWR Regional • Münsterplatz
KÖLN: Donnerstag 17.00 • WDR Studio • Appellhofplatz 1
LEIPZIG: Montag 19.00 • MDR Sachsen • Augustusplatz
LINDAU: Freitag 16.00 • Lindauer Zeitung • Inselgraben 2
LÜBECK: Montag 17.45 • NDR Media Docks • Behnkai
MAGDEBURG: Montag • 18.00 • MDR Sachsen • Eulenspiegelbrunnen
MÜNCHEN: Mittwoch ab 19 • BR Hochhaus • Hopfenstr. 5
PLAUEN: Montag 17.00 MDR • Regional • Wendedenkmal
POTSDAM: Donnerstag ab 18 • RBB Studio • Marlene-Dietrich-Allee 20
SAARBRÜCKEN: Donnerstag ab 16 • SR Saarland • St Johanner Markt
SCHWEINFURT: Sonntag 18.00 • BR Regional • Am Marktplatz
SCHWERIN: Donnerstag ab 15 • NDR Landesstudio • Schlossgartenallee 61
SIEGEN: Montag 18.00 • WDR Regional • Jakob-Schreiner-Platz
WAREN MÜRITZ: Montag 18.30 • Nordkurier • Marktplatz
WIESBADEN: Samstag 13.00 • Wiesb. Kurier • Schulgasse/Neugasse
WOLFSBURG: Samstag ab 11 • Wolfsb. Nachr. • Hugo-Borg-Platz

IMMER MONTAGS!

AHRENSBÖK,18 Uhr, am Rathaus – APOLDA, 18.30 Uhr, am Markplatz – ARTERN, 18 Uhr, am Geschwister-Scholl-Platz – BAD LOBENSTEIN, 19 Uhr am Marktplatz – BERLIN-KARLSHORST, 18.30 Uhr, Treskowallee Apotheke – BERLIN-LICHTENBERG, 18 Uhr, am Ringcenter 2 – BREMERHAVEN, 18 Uhr, am Rathaus – CLOPPENBURG, 18 Uhr, am Rathaus – DARMSTADT-ARLHEILGEN, 18 Uhr, am Löwenplatz –DIEPHOLZ, 17 Uhr, am Bremer Eck – DÜNWALD, 19 Uhr, vor der Gemeindeverwaltung – EMLICHHEIM, 18 Uhr, am Rathaus – KALTENNORDHEIM, 18 Uhr, am Treibplatz am Parkplatz nähe Kirche – KÖNIGS WUSTERHAUSEN, 18 Uhr, am Kirchplatz – LAUENBERG, 18 Uhr, am Rathaus – LÜTJENBURG, 18 Uhr, am alten Rathaus – MAASHOLM, 18 Uhr, am Denkmal vor der Schifferkirche – NEUBRANDENBURG, 19 Uhr, am Marktplatz – ORANIENBURG, 18 Uhr, am Schlossplatz – OSTSTEINBECK, 18 Uhr, an der Bücherhalle – SCHLOSSVIPPACH, 19 Uhr, am Rathaus – WEISSENFELS, 18 Uhr, Jüdenstr/Ecke Markt.

DEMOTERMINE DER VERFASSUNGSBEWEGUNG

Senden Sie uns die Termine Ihrer Veranstaltung an: veranstaltung@demokratischerwiderstand.de

Sa, 8.7.2023 17-20 Uhr	Augsburg, Ladehofstraße	Umzug
Sa, 8.7.2023 11-14 Uhr	Celle, Neumarkt	Umzug und Kundgebung
Sa, 8.7.2023 14-19 Uhr	Düsseldorf, Schadowplatz	Demo und Aufzug
Sa, 8.7.2023 15-18 Uhr	Eberbach, Leopoldsplatz	Zusammenkunft
Sa, 8.7.2023 15-18 Uhr	Frankfurt, Bockenheimer Anlage	Friedensdemo
Sa, 8.7.2023 15-16 Uhr	Hamburg, rund um die Binnenalster	Spaziergang
Sa, 8.7.2023 14:30-18 Uhr	Heidelberg, Neckarwiese Höhe Keplerstraße	Aufzug
Sa, 8.7.2023 15-17 Uhr	Krumbach (Schwaben), Stadtgarten	Spaziergang
Sa, 8.7.2023 16-19 Uhr	Salzwedel, Rathausturmplatz	Spaziergang
So, 9.7.2023 14:30-17 Uhr	Köln, Heumarkt	Kundgebung
Mo, 10.7.2023 19-20:30 Uhr	Aachen, Rathaus Markt	Spaziergang
Mo, 10.7.2023 19-20:30 Uhr	Amberg, Am Markt	Spaziergang
Mo, 10.7.2023 18-20 Uhr	Anger/Oberbayern, Dorfplatz7.20	Spaziergang
Mo, 10.7.2023 18-20 Uhr	Augsburg, wechselnde Startpunkte (bf-schwaben.de)	Spaziergang
Mo, 10.7.2023 19-21 Uhr	Bad Bergzabern, am Schloss	Spaziergang
Mo, 10.7.2023 18-21 Uhr	Bad Homburg, Rathausvorplatz	Spaziergang
Mo, 10.7.2023 18-20 Uhr	Bad Honnef/NRW, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 10.7.2023 18-20 Uhr	Bad Reichenhall, am Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 10.7.2023 18-19 Uhr	Balingen, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 10.7.2023 18-21 Uhr	Bautzen, Kornmarkt	Mahnwache
Mo, 10.7.2023 19-20:30 Uhr	Bayern, Marktoberdorf am Marktplatz	Spaziergang
Mo, 10.7.2023 19-21 Uhr	Belgern/Sachsen, Markt	Spaziergang
Mo, 10.7.2023 18:30-21 Uhr	Berlin-Karlshorst, Treskow Apotheke	Spaziergang
Mo, 10.7.2023 18-20 Uhr	Berlin-Lichtenberg, Frankfurter Allee- am Ringcenter II	Spaziergang
Mo, 10.7.2023 12-14 Uhr	Berlin-Wedding, Nordufer 20	Mahnwache
Mo, 10.7.2023 18-20 Uhr	Bernau, Rathaus	Demoaufzug
Mo, 10.7.2023 18:30-21 Uhr	Brackenheim (Ba-Wü), Heilbronner/Bandhausstr.	Aufzug mit Abschlusskundgebung
Mo, 10.7.2023 16-18 Uhr	Brandenburg an der Havel, auf dem Märkischen Platz	Schilderdemo
Mo, 10.7.2023 19-21 Uhr	Cottbus, Oberkirche	Lichterspaziergang
Mo, 10.7.2023 18-21 Uhr	Delmenhorst, Kiosk an der Graft	Spaziergang
Mo, 10.7.2023 19-21 Uhr	Dinslaken, am Rittertor	Spaziergang
Mo, 10.7.2023 18-21 Uhr	Duisburg, Rathaus am Burgplatz	Spaziergang
Mo, 10.7.2023 18-21 Uhr	Eberswalde, im Bildungszentrum, Puschkinstr. 13	3. Runder Tisch Corona Aufarbeitung
Mo, 10.7.2023 18-20 Uhr	Eberswalde, Marktplatz	Kundgebung
Mo, 10.7.2023 18:30-19 Uhr	Eichwalde, Bahnhofstr./Am Graben	Spaziergang
Mo, 10.7.2023 18-20 Uhr	Eisenhüttenstadt, Friedrich-Wolf-Theater	Spaziergang
Mo, 10.7.2023 18-20 Uhr	Falkensee, alte Stadthalle	Spaziergang
Mo, 10.7.2023 18-20:30 Uhr	Frankfurt am Main, Konstablerwache	Spaziergang
Mo, 10.7.2023 18:30-21 Uhr	Gifhorn, Schillerplatz	Spaziergang
Mo, 10.7.2023 18:30-21 Uhr	Görlitz, Postplatz	Versammlung
Mo, 10.7.2023 19-21 Uhr	Greifswald, am Markt	Demo
Mo, 10.7.2023 19-21 Uhr	Hamburg, Blankeneser Marktplatz	Spaziergang
Mo, 10.7.2023 18-21 Uhr	Hamburg, Bergstedter Markt	Spaziergang
Mo, 10.7.2023 18-20 Uhr	Hameln, am Hochzeitshaus	Spaziergang
Mo, 10.7.2023 18:30-20 Uhr	Heidelberg, am Bismarckdenkmal	Spaziergang
Mo, 10.7.2023 19-21 Uhr	Hennef/Sieg, Rathaus	Spaziergang
Mo, 10.7.2023 18-19:30 Uhr	Jülich, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 10.7.2023 18:30-20:30 Uhr	Kaiserslautern, Innenstadt	Spaziergang
Mo, 10.7.2023 18-21 Uhr	Kaufungen, am Kreisel	Spaziergang
Mo, 10.7.2023 18-20 Uhr	Konstanz, Augustinerplatz	Spaziergang
Mo, 10.7.2023 18-20 Uhr	Konstanz, Münsterplatz	Demoaufzug
Mo, 10.7.2023 18-20 Uhr	Korschenbroich, Eingang Stadtverwaltung	Spaziergang
Mo, 10.7.2023 18-21 Uhr	Köln, Roncalliplatz	Spaziergang
Mo, 10.7.2023 18-20 Uhr	Königs Wusterhausen, Kirchplatz	Spaziergang
Mo, 10.7.2023 18-20 Uhr	Landshut, Ländertorplatz	Spaziergang
Mo, 10.7.2023 18-21 Uhr	Leer/Ostfriesland, Denkmalsplatz	Spaziergang
Mo, 10.7.2023 18-19 Uhr	Leipzig, Augustusplatz	Spaziergang
Mo, 10.7.2023 19-21 Uhr	Lippstadt, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 10.7.2023 18-21 Uhr	Magdeburg, Domplatz	Demo
Mo, 10.7.2023 18-20 Uhr	Mannheim, Ehrenhof des Schlosses	Spaziergang
Mo, 10.7.2023 18-20 Uhr	Marbach am Neckar, Schillerdenkmal	Spaziergang
Mo, 10.7.2023 18-20 Uhr	March/Breisgau, Bürgerhaus	Spaziergang
Mo, 10.7.2023 18:30-21 Uhr	Mindelheim, Maximilian Straße 26	Spaziergang
Mo, 10.7.2023 19-20:30 Uhr	Naumburg, Vogelwiese	Spaziergang
Mo, 10.7.2023 19-21 Uhr	Norderstedt, Kino Spektrum	Spaziergang
Mo, 10.7.2023 18:30-20:30 Uhr	Nürnberg, Kornmarkt	Spaziergang
Mo, 10.7.2023 18-20 Uhr	Oldenburg, Rathausmarkt	Spaziergang
Mo, 10.7.2023 18-20 Uhr	Oranienburg, Schloßplatz	Kundgebung
Mo, 10.7.2023 18-20 Uhr	Pforzheim, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 10.7.2023 18-20 Uhr	Potsdam, vor dem Filmmuseum	Mahnwache
Mo, 10.7.2023 19-21 Uhr	Prien am Chiemsee, vor dem Rathaus	Spaziergang
Mo, 10.7.2023 18-21 Uhr	Reinheim, Stadtpark	Spaziergang
Mo, 10.7.2023 16:30-17:15 Uhr	Rostock, Stadthafen	Schildermahnwache
Mo, 10.7.2023 18-20 Uhr	Rotenburg (Wümme), Neuer Markt	Spaziergang
Mo, 10.7.2023 18-20 Uhr	Rottweil, Markt	Spaziergang
Mo, 10.7.2023 18-20 Uhr	Salzwedel, am Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 10.7.2023 19-21 Uhr	Sauerlach/Bayern, Markt	Spaziergang
Mo, 10.7.2023 18-20 Uhr	Seeheim-Jungenheim, Rathaus	Demo
Mo, 10.7.2023 18-21 Uhr	Senftenberg, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 10.7.2023 18-20 Uhr	Siegen, Jakob-Scheiner-Platz	Spaziergang
Mo, 10.7.2023 18:45-20:15 Uhr	Solingen, Am Neumarkt	Spaziergang
Mo, 10.7.2023 17:30-19 Uhr	Stadthagen, Marktplatz	Montagsdemo
Mo, 10.7.2023 18-21 Uhr	Stralsund, Olof-Palme-Platz	Kundgebung und Aufzug
Mo, 10.7.2023 18-19 Uhr	Sulz am Neckar, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 10.7.2023 18-20 Uhr	Tettnang beim Bodensee, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 10.7.2023 18-20 Uhr	Vaterstetten in Oberbayern, Rathaus	Spaziergang
Mo, 10.7.2023 18:30-21 Uhr	Villingen-Schwenningen, Am Alten Rathaus	Spaziergang
Mo, 10.7.2023 18:30-20:30 Uhr	Walsrode/ Heidekreis, Rathaus	Spaziergang
Mo, 10.7.2023 19-20:30 Uhr	Weimar, Theaterplatz	Demo
Mo, 10.7.2023 17:30-19 Uhr	Werder(Havel), Plantagenplatz	Spaziergang
Mo, 10.7.2023 18-21 Uhr	Wesseling/NRW, Sankt Germanus Kirche	Demo
Mo, 10.7.2023 18-20 Uhr	Wismar, Markt	Versammlung
Mo, 10.7.2023 19-20 Uhr	Würselen, Morlaixplatz	Spaziergang
Mo, 10.7.2023 19-21:30 Uhr	Zehdenick (Brandenburg), Marktplatz	Demo und Kundgebung
Di, 11.7.2023 18-21 Uhr	Bernau bei Berlin, Rathaus	Spaziergang
Di, 11.7.2023 18-20 Uhr	Ortenberg/Hessen, Marktplatz	Spaziergang
Di, 11.7.2023 18-20 Uhr	Varel, Rathaus	Spaziergang
Di, 11.7.2023 19-21 Uhr	Wesel am Niederrhein, Martinistraße 6-8	Spaziergang
Di, 11.7.2023 19-21 Uhr	Wolgast, Am Kai	Demoaufzug
Mi, 12.7.2023 19-21 Uhr	Geisa, Am Kulturhaus	Spaziergang
Mi, 12.7.2023 17-19 Uhr	Landshut, Martinskirche	Andacht
Mi, 12.7.2023 19-21 Uhr	Mehrhoog/NRW, Begegnungsstätte	Demo
Mi, 12.7.2023 18-21 Uhr	München, Odeonsplatz	Umzug
Mi, 12.7.2023 19-21 Uhr	Naumburg (Saale), Vogelwiese	Offenes Mikrofon
Mi, 12.7.2023 18-19:30 Uhr	Neckarsulm, Felix-Wankel-Straße/Marktstraße	Treffen
Mi, 12.7.2023 19-20:30 Uhr	Neckartailfingen, Schulhof Liebenauschule	Spaziergang
Mi, 12.7.2023 19-20:30 Uhr	Schulzendorf, Rathaus (Richard-Israel-Str.)	Spaziergang
Mi, 12.7.2023 18-21 Uhr	Zwickau, auf dem Hauptmarkt	Kundgebung
Do, 13.7.2023 18-21 Uhr	Baunatal, am Marktplatz	Spaziergang
Do, 13.7.2023 17:30-18:30 Uhr	Berlin, Tempelhofer Damm/ Ecke M.-v.-Richthofen-Str.	Schilderdemo
Do, 13.7.2023 18-21 Uhr	Demmin, Am Marienhain	Demo
Do, 13.7.2023 15-18 Uhr	Frankfurt, Bertramstr. 8	Mahnwache
Do, 13.7.2023 17:30-19 Uhr	Hanau, Großauheim, Rochusplatz	Mahnwache
Do, 13.7.2023 19-21 Uhr	Hennef/Sieg, Rathaus	Spaziergang
Do, 13.7.2023 18:30-21 Uhr	Landsberg/Saalekreis, Markt	Spaziergang
Do, 13.7.2023 17-18:30 Uhr	Rostock, Brunnnen der Lebensfreude	Kundgebung
Do, 13.7.2023 19-21 Uhr	Warstein, am Rathausplatz auf der Treppe	Dialog
Fr, 14.7.2023 18-20 Uhr	Raesfeld/NRW, Rathausplatz	Demo
Sa, 15.7.2023 17-20 Uhr	Augsburg, Ladehofstraße	Umzug
Sa, 15.7.2023 12-16:50 Uhr	Berlin, Park & Ride U-Bahnhof Hönow	Autokorso
Sa, 15.7.2023 15-19 Uhr	Düsseldorf, Johannes-Rau-Platz	Demo und Umzug
Sa, 15.7.2023 15-18 Uhr	Eberbach, Leopoldsplatz	Zusammenkunft
Sa, 15.7.2023 13-18 Uhr	Emden, Hafentorplatz	Grundrechtsdemo
Sa, 15.7.2023 18-20 Uhr	Kirchen (Sieg), Rathaus	Spaziergang
Sa, 15.7.2023 15:15-17 Uhr	Krumbach (Schwaben), Stadtgarten	Spaziergang
Sa, 15.7.2023 15:30-18 Uhr	Pforzheim, Marktplatz	Demo
Sa, 15.7.2023 15-17 Uhr	Rostock, Rosengarten	Kundgebung und Aufzug
Mi, 19.7.2023 18:30-21 Uhr	Huckarde, am Marktplatz	Spaziergang
Sa, 29.7.2023 15-18 Uhr	Bochum, Dr.-Ruer-Platz	Umzug und Kundgebung
Mi, 2.8.2023 18-20 Uhr	Heidelberg, Schwanenteichanlage	Demo
Sa, 5.8.2023 9-23Uhr	Berlin, Berlin überall in Berlin	GROßDEMO
Mo, 7.8.2023 17-20 Uhr	Darmstadt, Ludwigsplatz	Mahnwache

Veranstaltungstermine bitte an die E-Mailadresse *veranstaltung@demokratischerwiderstand.de* senden.
Aktuelle Informationen: https://nichtohneuns.de + NEWSLETTER ABONNIEREN

ZEIT, ES ZU BEENDEN

Es ist soweit, der Apparat wird nervös | Von Hendrik Sodenkamp

Der Termin ist bekannt. Am ersten Samstag im August kommt die deutsche Demokratiebewegung in ihrer Hauptstadt zusammen. Damit niemand im Kalender suchen muss: Es ist der 5. August 2023.

Am 1. August 2020 versammelte der Stuttgarter Unternehmer Michael Ballweg Millionen Demokraten auf der Straße des 17. Juni und beendete die Pandemie – und die Berliner Polizei verfassungswidrig vorzeitig die Kundgebung. Im Jahr darauf, am 1. August 2021 zogen Hunderttausende in einem nicht enden wollenden Strom durch ganz Berlin. Das Neue: Der damalige Berliner Innensenator Andreas Geisel (SPD) hatte die Versammlung im Vorfeld verboten. Doch die Demokraten ließen sich nicht entmutigen und zogen auf eigene Faust los. Es kam zum Vorfall auf der Lessing-Brücke.

Im Jahr 2022 war Michael Ballweg inhaftiert, doch Berliner Demokraten um Captain Future und seine Partnerin organisierten die Woche der Demokratie. Montagsspaziergänger und Demokratiebewegung vereinten sich auf dem Berliner Gendarmenmarkt.

Wer den Bericht des Inlandsgeheimdienstes mit dem irreführenden Namen Verfassungsschutz liest, weiß welche Angst sie vor dieser Demonstration hatten: Es ist die einzige Demonstration der Demokratiebewegung, die dort aufgeführt wird; die einzige Bebilderung noch dazu. Der Grund: Sie wollen abschrecken, um den friedlichen Widerstand auf Boden des Grundgesetzes in eine Schublade zu stecken, sei sie auch noch so fadenscheinig-schwachsinnig wie »Verfassungsschutzrelevante Delegimierung des Staates«. Dabei ist es die Parteien-und-Konzernherrschaft, die alles tut, um den Staat zu delegitimieren und dafür den echten Verfassungsschutz, die deutsche Demokratiebewegung, auf den Plan ruft.

Was erwartet uns also am 5. August 2023 in Berlin? – Ab 12 Uhr trifft man sich am Brandenburger Tor. Man steht ein für die Beendigung aller Kriege durch Diplomatie und die Stilllegung der Waffenindustrie, die umfassende Wiederherstellung unserer Grundrechte, die Aufarbeitung der Corona-»Pandemie«, die Entschädigung der Betroffenen, Verletzten und der Hinterbliebenen der Getöteten, steht ein für eine rechtsstaatliche Verfolgung der Verantwortlichen, den sofortigen Stopp der sogenannten Covid-Impfung, freie und unabhängige Medien und Wissenschaft ohne Zensur, umfassende politische Reformen, die einen Ausverkauf unserer Menschenrechte an Konzernglobalisten wirksam verhindern und den Erhalt des Bargeldes, so sagen es die Veranstalter. – Klingt gut.

Organisiert wird die Versammlung wie im vergangenen Jahr von Berliner Demokraten, wobei auch Michael Ballweg wieder in der Lage ist, einzuladen.

Man kann davon ausgehen, dass wieder Zehntausende bis Hunderttausende nach Berlin kommen, um klarzumachen, dass das Corona-Nato-Kriegsregime einen gigantischen Widersacher hat, der bis zum umfassenden Sieg nicht weichen wird: Uns.



GEWALTENTEILUNG SOLL MACHT BESCHRÄNKEN

KOLUMNE FREUND UND HELFER

Von Björn Lars Oberndorf



Hunderte Demokraten am 1. Juli 2023 in Wolfenbüttel für Frieden, Freiheit und Demokratie. DW hatte auch zugesagt, doch das Auto blieb liegen. Das nächste Mal kommt. Foto: Videostill

Am 29. Juni 2023 wurde das (Teil-) Urteil im Fall des Arztes Dr. Heinrich Habig vor dem Landgericht Bochum verkündet. Dem praktizierenden Mediziner war vorgeworfen worden, medizinische Gesundheitszeugnisse, sprich Impfnachweise, gefälscht zu haben. Dr. Heinrich Habig wurde zu zwei Jahren und zehn Monaten Haft verurteilt. Die Urteilsbegründung wirft eine Reihe von grundlegenden Fragen zur Gegenwart und Zukunft der Gewaltenteilung in Deutschland auf.

Der Verhandlungstag weckte großes öffentliches Interesse. Neben zahlreichen Vertretern der Presse waren über einhundert Zuschauer vor Ort. Der Verhandlungssaal bot lediglich Platz für 54 Zuschauer – inklusive Pressevertreter. Alle anderen mussten vor dem Saal warten.

Aus Sicht der Kammer ist Heinrich Habig schuldig. Der Tatbestand sei objektiv und subjektiv erfüllt, so die Richterin. Rechtfertigungs- und Entschuldigungsgründe lägen nicht vor. Notwehr beziehungsweise Nothilfe ist grundsätzlich gegen Gesetze unzulässig. Dr. Heinrich Habigs Patienten hätten den Rechtsweg beschreiten können. Verbotene Vernehmungsmethoden nach Paragraph 136a der Strafprozessordnung lägen nicht vor. Die Patienten sollen laut Richterin auch nicht durch die Polizeibeamten oder die Staatsanwaltschaft getäuscht worden sein. Ihre Begründung: Grundlage für die polizeilichen Maßnahmen war ein amtsgerichtlicher Beschluss. Unzulässiger Druck sei nicht ausgeübt worden. Die Frage danach, ob es sich bei den Corona-Spritzen tatsächlich um eine Schutzimpfung handelt, sei irrelevant, da der Gesetzgeber die Impfung als solche bezeichnet und eingeordnet hatte. Gewerbsmäßig hat Heinrich Habig nicht gehandelt, räumte die Richterin ein. 2 Jahre und 10 Monate ohne Bewährung, so das Urteil. Der Haftbefehl bleibe in Vollzug. Rechtsmittel seien möglich. – Revision wird eingelegt.

GEWALTENTEILUNG AUFGEHOBEN

Uns liegt die schriftliche (Teil-)Urteilsbegründung noch nicht vor. Wir hoffen, dass wir im Gerichtssaal die mündliche (Teil-)Urteilsbegründung akustisch falsch verstanden haben. Denn sollten wir die Begründung richtig verstanden haben, dann hat die Kammer beziehungsweise die vorsitzende Richterin de facto die Gewaltenteilung in unserem Land aufgehoben. Warum?

Erstens: Ob es sich um eine Schutzimpfung handelt, ist für das Gericht irrelevant, da der Gesetzgeber diese als solche bezeichnet und einordnet. Das heißt: Es gibt keine Kontrolle der Legislative durch die Judikative mehr.

Zweitens: Polizeiliche Maßnahmen können nicht rechtswidrig sein, solange diese auf einem richterlichen Beschluss basieren. Das heißt: Keine Kontrolle der Judikative durch die Exekutive mehr und eine teilweise Sinnentleerung des Paragraphen 36 des Gesetzes zur Regelung des Statusrechts der Beamten in den Ländern (BeamtStG) und des Paragraphen 63 des Bundesbeamtenrechts (BBG, Verantwortung für die Rechtmäßigkeit). Ergänzend sei angemerkt, dass vor der richterlichen Anordnung der Durchsuchungen (unter anderem bei den Patienten Dr. Heinrich Habigs), die durch die Staatsanwaltschaft beantragten Durchsuchungsbeschlüsse anscheinend auch nicht durch die Judikative geprüft wurden. Zur Erinnerung: Es gelten die gleichen rechtlichen Anforderungen an die Beantragung eines Durchsuchungsbeschlusses durch die Staatsanwaltschaft wie bei der Anordnung durch das Gericht.

Es geht bei der Gewaltenteilung um nichts weniger als um ein Prinzip unserer Demokratie. Dass Notwehr beziehungsweise Nothilfe gegen Gesetze grundsätzlich unzulässig sein sollen, wollen wir an dieser Stelle gar nicht weiter ausführen und diskutieren. Auch wollen wir uns an dieser Stelle nicht zu den realen Möglichkeiten äußern, in den Jahren 2021 und 2022 den Rechtsweg im Rahmen dieser Thematik zu beschreiten. Auch soll es an dieser Stelle nicht um die Frage gehen, ob die Gewaltenteilung in Deutschland seit 1949 auch staatsorganisatorisch verwirklicht wurde (siehe Verfassungstheorie versus Verfassungswirklichkeit).

Charles de Montesquieu und Immanuel Kant hätten aktuell bestimmt viele Fragen an die Kammer. Wir empfehlen der Kammer die Bücher *Vom Geist der Gesetze* von Montesquieu und *Die Metaphysik der Sitten* von Kant.

Informationen zu den Polizisten für Aufklärung und weitere Texte finden Sie unter www.echte-polizisten.de

GERICHTSVERFAHREN GEGEN DESINFORMATION

Die Initiative Leuchtturm ARD zieht vor Gericht | Von Jimmy Gerum

Am 11. Juli 2023 findet in München am Bayerischen Verwaltungsgerichtshof ein richtungsweisender Prozess gegen die Rundfunkbeitragspflicht in der zweiten Instanz statt. Dieses führt die Bürgerinitiative Leuchtturm ARD gemeinsam mit dem Rechtsanwalt Friedemann Willemer.

Unsere Initiative klagt dabei gegen die einseitige Berichterstattung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Dem Gericht liegt hierfür ein Gutachten von Prof. Michael Meyen (siehe Seite 15) vom Institut für Kommunikationswissenschaften der LMU München vor, der die Einseitigkeit und Unausgewogenheit des öffentlichen Rundfunks untersuchte und zu klaren Ergebnissen kam.

Die eklatanten und systemischen Verletzungen des Medienstaatsvertrages haben eine verheerende Wirkung auf die öffentliche Meinungsbildung und beschädigen die demokratische Entwicklung nachhaltig. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk hat die Meinungsäußerungsfreiheit durch Meinungsvielfalt zu schützen. Das ist das Lebenselixier einer Demokratie, so urteilt das Bundesverfassungsgericht in ständiger Rechtsprechung. Nur ein der Vielfaltsicherung dienendes Programm ist der individuelle Vorteil, der einen Rundfunkbeitrag rechtfertigt (siehe hierzu: Bundesverfassungsgericht, Beschluss vom 24. April 2023, Aktenzeichen 1 BvR 601/23).

DER HINTERGRUND

Globale westliche Interessen haben die demokratische Mitbestimmung unserer Gesellschaften gezielt beeinflusst mit der Hilfe von willfährigen und verantwortungslosen Leitmedien. Dass diese Manipulationen im Laufe der Jahrzehnte bis zum öffentlichen Rundfunk vorgedrungen ist, hat die Glaubwürdigkeit des Mediums und das Vertrauen in seine Unabhängigkeit zunehmend zerstört.

Für jeden Bürger sichtbar, verkommt der öffentliche Rundfunk zu einem Sprachrohr der nationalen und internationalen regierungspolitischen Agenda, die im 21. Jahrhundert immer noch die Kriegstreiberei befördert und gewalttätigen Lösungen für internationale Konflikte den Vorrang gibt. Die demokratische Weltgemeinschaft schämt sich zutiefst für diese degenerierte Kaste an Handlangern in Politik und Medien, die das Wohl der Menschheitsfamilie rücksichtslos aufs Spiel setzen.

Wir stehen nun alle vor einem grundsätzlichen Scheideweg bei der Frage, ob wir die einseitige Desinformation in den Leitmedien weiterhin zulassen oder mit einer breiten Allianz dagegen vorgehen. Nur eine aufgeklärte Bevölkerung kann die Kraft entwickeln, die notwendigen demokratischen Gestaltungsspielräume einzufordern.

Es ist unsere Pflicht als aufgeklärte Minderheit, den gemeinschaftlichen Gedanken vor das Eigeninteresse zu stellen und eine Allianz zu bilden, die hörbar und sichtbar gegen das Unrecht aufsteht. Deshalb sehen wir uns am 11. Juli 2023 in München vor Gericht. Prozessbeobachter sind herzlich willkommen.

DIESE WOCHENZEITUNG

VERTEILEN, AUSLEGEN, VERKAUFEN

WARUM?

• Der »Demokratische Widerstand« erscheint wöchentlich seit dem 17. April 2020.

• Mit der gedruckten Zeitung erreichen wir Menschen, die sonst nur der Konzern- und Regierungspresse ausgeliefert sind.

• Verteilen Sie den Widerstand, halten Sie andere auf dem Laufenden und klären Sie auf: beim Spazierengehen, in Briefkästen, im Geschäft, im Betrieb, in der Fußgängerzone.

• Die Zeitung ist analog, somit auch von *Big Tech* unabhängig und unzensierbar.

• Nach dem Kollaps der Presse: Bauen wir gemeinsam eine neue Wochenzeitung in deutscher Sprache auf.

WIE KOMMEN SIE AN DIE ZEITUNGEN?

• Geben Sie doch einfach auf **demokratischerwiderstand.de/verteilen** die Adresse an, an die wir die Zeitungen liefern sollen. Wir geben Ihre Daten nicht weiter. Wenn Sie kein Internet nutzen, fragen Sie jemanden, dem Sie vertrauen, ob er das für Sie erledigen kann.

• Wählen Sie aus, wie viele Zeitungen Sie verteilen wollen. Nicht übertreiben.

• Überweisen Sie die anfallenden Unkosten für Druck, Versand und Steuern.

• Bei der Überweisung schreiben Sie in das Betreff-Feld noch einmal Ihren Namen und Ihre Anschrift, damit wir ihre Zahlung sicher zuordnen können.

• Jeder Zahlungseingang wird einer Bestellung zugeordnet.

• Zahlungseingänge werden bis einschließlich Montag für den Druck und Versand der kommenden Zeitung berücksichtigt. Spätere Eingänge werden automatisch der darauffolgenden Ausgabe zugeordnet.

• Beim Verteilen erhaltene Spenden gehen an den Verteiler. Bei größeren Summen freut sich die Redaktion über einen Anteil, der ihr zusteht. Hier bereichert sich niemand.

BESTANDS-
AUFNAHME



RÜCKBLENDE

Die Medienschaffenden Kayvan Soufi-Siavash (r.) und Anselm Lenz (l.) treffen sich wöchentlich zur Bestandsaufnahme. Verlinkt wird das Privatformat im Presseportal Apolut.net, Ausschnitte werden hier abgedruckt. Bestandsaufnahme #1

K.S.S.: HALLO?
A.L.: HALLO!

K.S.S.: Jetzt gehts los! Herzlich willkommen zur ersten Ausgabe von Bestandsaufnahme, ein Format, das wir aus der Taufe gehoben haben. Es geht genau dreißig Minuten, es wird einmal die Woche stattfinden und wir werden uns über Themen austauschen, die uns auf den Nägeln brennen. Herr Lenz, ich grüße Dich!
A.L.: Hallo, Herr Soufi-Siavash, ich grüße Dich auch!

K.S.S.: Wir beide sind Medienschaffende, haben Portale und Medien gegründet und sie entwickelt, aber wir sprechen hier als Einzelpersonen, haben eine größere Freiheit. Dieses Format soll etwas Spielerisches haben. Weil wir beide Quasselstrippen sind, haben wir uns überlegt: Nach zehn Minuten klingelt die Eieruhr.
A.L.: Unsere Themen!

K.S.S.: Presse in Zeiten von Corona, Bildung – und wir möchten über die Nato sprechen, die ja immer sagt, dass sie nicht nur Kriege führt, sondern auch für die gerechte Sache siegt. Und da stellt sich die Frage: Siegt denn die Nato? Erste Frage an dich: Die Wochenzeitung Demokratischer Widerstand würde es ja ohne Corona so nicht geben.
A.L.: Sie ist ja dadurch entstanden, dass ich vormals bei der Tageszeitung Taz war, wo man mich schasste, weil ich ein Angebot für eine Hintergrundseite 3 anbot – mit den Verlautbarungen der Regierungsoberbehörde RKI einerseits in Gegenüberstellung mit den damals schon in großer Zahl vorliegenden echten Expertisen. Und nur das Angebot gereichte dazu, mich da rauszuwerfen von dem einen auf den anderen Tag. Ich habe dann aus der Not eine Tugend gemacht, zuerst die Demokratiebewegung gegründet mit meinem ehrenwerten Mistreiter Hendrik Sodenkamp und dann das gemacht, was ich gut kann, denke ich, und womit ich mich beschäftige, seitdem ich 13 oder 14 Jahre alt war: Schwarz auf Weiß, das gedruckte Werk, die gedruckte Zeitung.

K.S.S.: Ich habe ja ein Radiovolontariat gemacht und im Zuge dessen auch bei einer Zeitung gearbeitet. Damals beim Schwäbischen Tagblatt. Ich weiß noch: Mein erster Bericht im Schwäbischen Tagblatt! Das hat schon etwas. Ein Interview haptisch zu bekommen, es zu fühlen, auf Papier. Papier ist, übrigens genau wie Bargeld, ein Stück Unabhängigkeit, weil man es nicht mehr wegbekommen kann oder durch einen Algorithmus aus der Welt schaffen kann. Ich finde, unter Corona konnte man sehen, dass die Presse eine ihrer Kernaufgaben gar nicht erfüllt. Sie sollte Inhalte so darstellen, dass der Otto-Normal-Bürger sie versteht. Und sie sollte immer kritische Fragen stellen. Die Corona-Presse hat sich aber so verändert, dass sie selber auf alle eingedroschen hat, die kritische Fragen stellten, und vor allem Journalisten gejagt hat, die die kritischen Fragen gestellt hatten. Von daher finde ich, dass die Presse ihre Berufsstand verraten hat. Niemand hat abtrünnige Journalisten mehr gejagt, als die etablierte Presse und die Konzermedien …

(weiter zu den Themen Bildung und Nato auf *apolut.net* und *demokratischerwiderstand.de/presseklub*)

Der Preis für Menschlichkeit

Auszug aus dem Schlussplädoyer | Von Dr. Heinrich Habig

Ein kleiner Virus machte die Menschheit völlig verrückt. Viren waren nötig im Rahmen der Evolution, dass wir als Menschen uns überhaupt entwikkeln konnten. Bakterien, Viren und Parasiten haben alle eine Aufgabe und sind nicht überflüssig oder böse.

Wir haben täglich Kontakt mit Millionen von Viren, die unser Immunsystem trainieren. Millionen Bakterien besiedeln unsere Haut und erzeugen einen PH-Wert, der uns schützt. In unserem Darm leben 10 hoch 26 unterschiedlichste Bakterien, die nicht nur unsere Verdauung möglich machen und die Resorption von Mineralien, Vitaminen, Spurenelementen, sondern auch unser darmassoziiertes Immunsystem repräsentieren, ohne das unser Leben überhaupt nicht möglich wäre. Jetzt also sollte ein Virus alles verändern. Cholera und Pest haben etwas bewirkt, waren also nötig. Die Spanische Grippe hat weltweit trotz verordneter Mund-Nase-Schutz-Bedeckung 50 Millionen Tote gefordert. Haben wir was gelernt? – Die Frage kann sich jeder selbst beantworten.

Natürlich gab es auch viele Patienten, die zur Impfung fest entschlossen waren mit allen Konsequenzen. Vor meinen Augen ist hier in der Untersuchungshaft während der Freistunde ein 52-jähriger Gefangener aus Mazedonien an einem plötzlichen Schlaganfall verstorben, nach drei Impfungen. Mit mehreren Mitgefangenen haben wir den Patienten in die Position zur Reanimation gebracht und wollten gerade damit beginnen, als wir von einer Krankenschwester und JVA- Beamten auf unsere Zellen geschickt wurden. Ich wurde als Arzt daran gehindert, einem Menschen zu helfen. Ein schlimmes Gefühl, nicht helfen zu dürfen. Der Patient ist vor unseren Augen im Freistundenhof ohne adäquate Hilfe gestorben.

Meine Tätigkeit als Arzt in den letzten beiden Jahrzehnten war nur möglich durch die ständige Mithilfe meiner geliebten Frau Fatima, die nicht nur täglich mit mir zusammen in der Praxis gearbeitet hat, sondern mir viele Tätigkeiten abgenommen und viele Patienten ermutigt und getröstet hat, wenn Kummer und Schmerz besonders groß wurden. Sie hat mich ermutigt, durchzuhalten, wenn ich manchmal in der Vergangenheit verzweifelt aufgeben wollte. Sie hat mich begleitet und unterstützt beiden vielen Seminaren in unserer Praxis, sowie bei meiner Referententätigkeit im In- und Ausland. Ohne sie wäre


Dr. Heinrich Habig (li.) mit seinem Anwalt Wilfried Schmitz im Gericht in Bochum. Bild: Videostill/Arne Schmitt

das alles nicht möglich gewesen. Gott hat mir einen Engel an die Seite gestellt, der jetzt immer noch für mich kämpft. Danke, mein Schatz, für das Leben an Deiner Seite.

Noch ein paar Zeilen aus unserer Berufsordnung, Paragraph 2, Allgemeine ärztliche Berufspflichten:

»Der Arzt übt seinen Beruf nach seinem Gewissen, den Geboten der ärztlichen Ethik und der Menschlichkeit aus. Er darf keine Grundsätze anerkennen und keine Vorschriften oder Anweisungen beachten, die mit seiner Aufgabe nicht vereinbar sind oder deren Befolgung er nicht verantworten kann. – Der Arzt hat seinen Beruf gewissenhaft auszuüben und dem ihm bei einer Berufsausübung entgegengebrachten Vertrauen zu entsprechen. Er hat dabei sein ärztliches Handeln am Wohl des Patienten auszurichten. Insbesondere darf er nicht das Interesse Dritter über das Wohl der Patienten stellen.«

Wenn man mich deshalb kriminalisiert, weil ich Menschen geholfen habe, dann ist das eben der Preis, den man für die Menschlichkeit zahlen muss.

Mich erreichen hier im Gefängnis Briefe und Postkarten aus ganz Europa mit Ermunterungen und Solidaritätsbekundungen. Ich bin glücklich darüber und stolz, dass es solche Menschen wie Euch gibt. Mir schreiben Bekannte, Patienten, Freunde, Unbekannte, Geimpfte und Ungeimpfte.

Eine Frau schrieb mir: »Bei fast jedem Gen-Behandelten im Umkreis gab es Probleme, von leichten bis zum Tod. Mein Neffe ist am 11. Juni 2022 beim Moritzburger-Schloss-Triathlon verstorben … 2 mal gespritzt. Der junge 19-jährige war Sportler durch und durch und dann laut Obduktion eine akute Myokarditis. Der Junge war ein Sonnenschein. Er hat vertraut in das, was ihm vorgelogen wurde. Wie viele solcher Schicksale gibt es weltweit? Die Menschen müssen aufwachen.«

Wir pfuschen in Gottes Werk. Das ist menschliche Hybris. Wir vergehen uns an der Schöpfung, weil wir die Demut vor der Schöpfung verloren haben. Die Fülle dessen, was wir im Leben erleben, auf das zu reduzieren, was die Wissenschaft beschreiben kann, hieße die unglaubliche göttliche Lebendigkeit eines Menschen auf ein paar Formeln zu reduzieren.

Vor einigen Jahren wurde ich zum dritten Mal in meinem Leben vor dem sicheren Tod gerettet; bei 220 Stundenkilometern nachts auf der Autobahn, als ich durch Verjüngung der Überholspur auf die Rasenfläche neben der Mittelleitplanke gezwungen wurde; für einige hundert Meter ohne Schäden am Auto. Ich glaube, Gott hat mich noch für etwas wichtiges gebraucht.

Keine Macht der Ende kann mich daran hindern, Gottes Gebote einzuhalten

Dies ist ein Auszug aus den Schlussworten des Plädoyers von Dr. Heinrich Habig. Der gesamte Text ist auf der Internetseite des Kollegen Boris Reitschuster www.reitschuster.de *einsehbar. Dessen Mitarbeiterin Kathrin Muthesius transkribierte den im Gefängnis verfassten, handgeschriebenen Text Dr. Habigs und stellte ihn der Öffentlichkeit zur Verfügung. Wir danken für die Möglichkeit des Abdrucks.*

Briefe an die Redaktion

Leserbriefe an: K.D.W. e.V.
Postfach 35 02 16, 10211 Berlin

VORBEREITET SEIN

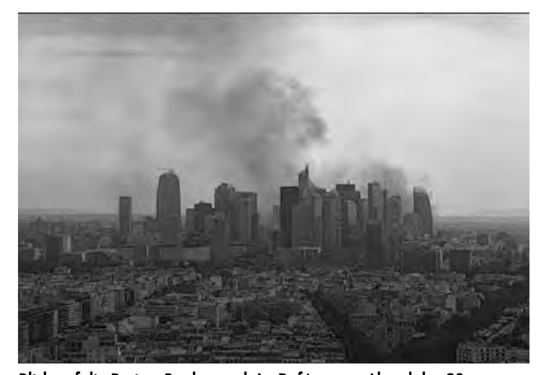
An den Reaktionen der lokalen Regierungsvertreter sowie der Bundesregierung merkt man, dass denen so langsam die Luft wegbleibt und sie immer (w)irrer auf demokratischen Widerstand reagieren, siehe Landratswahl eines AfD-Mannes. Ich befürchte, dass beim nächsten (Klima-)*Lockdown* die Polizei wieder gegen Demokraten losgelassen wird, die das Grundrecht auf Demonstration wahrnehmen.

Vielleicht sollte man die Polizisten dann mit Blumen und einem beschrifteten T-Shirt in Empfang nehmen, das die Polizisten an ihren Eid erinnert. Falls der Eid »Ich schwöre, dass ich das mir übertragene Amt nach bestem Wissen und Können verwalten, Verfassung und Gesetze befolgen und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde. So wahr mir Gott helfe« zu lang ist, müsste man den so kürzen, dass er erkennbar bleibt. Jedenfalls sollte es vorne und hinten auf dem T-Shirt *unübersehbar* stehen. Wenn es losgeht, wird man nicht so schnell tausende Leibchen mit Aufdruck bekommen, das wird Vorarbeit erfordern. Vielleicht mal im *DW* zur Diskussion stellen.
– Andreas B., Bielefeld

AUF DEM SCHIRM

RUNDBRIEF! Für Newsletter eintragen auf NichtOhneUns.de
t.me/DemokratischerWiderstandTelegram
instagram.com/demokratischerwiderstand
facebook.com: DemokratischerWiderstandZeitung
youtube.com: Demokratischer Widerstand

JE SUIS NAHEL | Fortsetzung vom Titel



Blick auf die Pariser Bankenstadt La Defénse am Abend des 29. Junis. Dahinter liegt aus Sicht der Pariser Stadtmitte die in Revolten abrauchende Stadt Nanterre. Foto: DW



Am 28. Juni: Massendemonstration "Je suis Nahel" in Nanterre. Foto: CGT/CC



Revolteure stürmen einen Polizeiwagen in Straßburg am Nachmittag des 30. Junis und erbeuten Waffen. Foto: Anonym



Während die frankreichweite Revolte durchs Land rollt, wird Macron bei einer Gendersexy-Party mit Elton John erwischt. Foto: Bildschirmfoto Instagram



Ab 30. Juni lässt Macron dann die Inlandssöldnertruppen BRI und RAID mit MGs und Panzerfahrzeugen wie hier in Gennevilliers zur Niederschlagung des französischen Volkes einsetzen. Foto: Edition Banlieu



Wir trafen Serge und Hermineh in der Brasserie Magma in Clermont. Foto: DW

Frankreich im Bürgerkrieg

Ökonomische, soziale und kulturelle Konflikte: An der landesweiten Revolte sind weite Teile des französischen Volkes beteiligt – nicht nur einige Tausend Plünderer und Marodeure | DW-BERICHT von Anselm Lenz

Seine Reaktion auf das revoltierende Volk: Er will jeden Oppositionellen bis ins Klo ausspannern. Die Regierung des umstrittenen französischen Präsidenten Emmanuel Macron beschloss am Mittwoch, dass der Staat jedes Mikrophon und jede Kamera an jedem *Device* aus der Ferne aktivieren und permanent ausspähen darf.

Einzige Voraussetzung für die totalitäre Spannerei: Eine Regierungsstelle »beobachtet« bereits. Das kann alles sein. Das Gesetz ist ein Freibrief für den totalitären Orwell-Staat. Das »Loi justice« wurde mit 80 Ja-Stimmen und 24 Nein-Stimmen im Parlament angenommen, wie der Senat am Mittwoch bekanntgab.

Nachdem Macrons schwer bewaffnete Inlandstruppen am 27. Juni einen Autofahrer in der Stadt Nanterre erschossen hatten, während dieser mit erhobenen Händen im Fahrersitz saß (Seite 1), entfaltete sich die größte Revolte in der französischen Geschichte. Das französische Staatsvolk will die Fünfte Republik, die ihnen Qualen, Lügen und Demütigungen zufügt, komplett beenden und zu echter Demokratie, Freiheit und sozialem Ausgleich aufbrechen.

Noch am Nachmittag der Erschießung des Staatsbürgers Nahel M. kommt es landesweit zu riesigen Spontandemonstrationen und öffentlichen Wutausbrüchen des französischen Volkes. Diese französische Revolte, die Revolution werden will, hat eine lange Vorgeschichte. Seit Jahrzehnten steht das französische Volk im Mutterland der Demokratie immer wieder massiv auf.

VON DER VORSTADTREVOLTE ZUR REVOLUTION?

Bereits im November 2005 waren Revolten in den Pariser Banlieues, den Trabantenstädten der Fachkräfte, der Servicejobber, der »Überflüssigen« und Arbeitslosen, ausgebrochen. Über eine Woche lang brennen öffentliche Gebäude, Banken, Konzernfilialen. »Occupy Wallstreet« (etwa: Besetzt die New Yorker Börse) und andere Bewegungen erhalten Zulauf. Ab 2016 kommt die Bewegung »Nuit Debout«. Sie ruft landesweit zu verfassungsgebenden Versammlungen auf den Plätzen der Republik auf. Der Sozialist François Hollande und andere lassen das Volk bestialisch niederprügeln.

Frankreich hat in den vergangen Jahren jeden demokratischen Nimbus verloren – »und die Fünfte Republik die Ehre«, wie Serge und Hermineh ausführen, auf die wir später und in weiteren Ausgaben eingehen werden. Ab 2018 legen die Gilets Jaunes (Gelbwesten) Frankreich mit Barrikaden und Millionendemonstrationen lahm. Die Märsche gegen die Corona-Lüge und die Todesspritzen beginnen in Frankreich erst im Jahr 2021.

»Die Bilder, die wir gesehen haben« – das Wort des deutschen Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeiers an die immer wenigeren Bürger im »Tal der Ahnungslosen«, die sich noch von Regierungs- und Konzernmedien betrügen lassen – macht dieser Tage auch in Frankreich die Runde. Am 28. Juni, einen Tag nach der Ermordung Nahel M.s, findet in Nanterre die größte Demonstration in der Geschichte dieser 100.000-Einwohner-Stadt statt. Fast dieselbe Anzahl Staatsbürger versammelt sich, um gegen Polizeigewalt des Regimes zu demonstrieren. Die Konzernmedien zeigen lieber nächtliche Ausschreitungen.

MEHR ALS GEGEN »POLIZEIGEWALT«

Doch damit nicht genug. Das Volk demonstriert gegen alles: Den Stellvertreterkrieg in der Ukraine, gegen die Nato und die Kriegstreiberei und -lügerei, gegen die Verarmungspolitik Macrons, zuletzt mit der drastischen Rentenkürzung, gegen die Inflation, die den 99 Prozent das Geld zum Leben nimmt, gegen einen quasi-terroristisch gegen das eigene Staatsvolk arbeitenden Staatsapparat, gegen die Corona-Lüge und die massenmörderischen Injektionen, gegen die Zerstörung von Demokratie und Freiheit, gegen die Lügenpresse, gegen den Terror von Banken und Konzernen mit Amerikanisierung und Verelendung. Einfach gegen alles, was seit zweieinhalb Jahrzehnten jedes Kind in Frankreich weiß: Dieses System und die Verbrecher, die es aus dem Hintergrund lenken, sind am Ende und das seit vielen Jahren. Das Regime kann sich offenbar nur noch mit noch mehr Lügen, noch mehr Unterdrückung, noch mehr Überwachung an der Macht und den Pfründen halten. Genau wie in Deutschland, nur eben einen Schritt weiter.

Einen Schritt weiter gingen dann auch die Demokratinnen und Demokraten im ganzen Lande. Nach der Erschießung Nahel M.s durch seine Troupiers hatte Bankenlobbyist Macron nur einen müden Satz parat: »Es ist [auch Polizisten] nicht erlaubt, Jugendliche zu erschießen.« Nun, es ist nicht erlaubt, überhaupt irgendjemanden zu erschießen. Die Stimmung im Land kocht seither über. Das mittlerweile noch weit stärker als in Deutschland multiethnische französische Volk will seither Schluss machen. Es sind französische Staatsbürger, die da demonstrieren, revoltieren, marodieren, plündern. Ein Rachefeldzug der Franzosen – und darunter auch Abertausende Plünderer, die eine neue Spielekonsole oder das teure Parfum begehren.

Auch Kleinstädte und Ortschaften stehen Kopf. Brennende Barrikaden, brennende Justiz- und Polizeigebäude, Massenjagden auf Politiker und Beamte werden aus Aulny-sous-Bois, aus Toulon, Nanterre und Viry-Châtillon gemeldet – und aus Tausenden weiteren großen und kleinen Orten in der Grande Nation mit den Schwerpunkten in und um die Metropolen Paris, Lyon und Marseille. Ab der Nacht auf Freitag, den 30. Juli 2023, wird klar, dass die gesellschaftlichen Konflikte binnen Tagen zum Bürgerkrieg geworden sind. Supermarktfilialen brennen, kleine Bürgermeisterämter, öffentliche Einrichtungen.

ELEMENTE DES AUFSTANDES LASSEN SEITHER ZUNEHMEND DARAUF SCHLIEßEN, DASS DER FRANZÖSISCHE VOLKSAUFSTAND AB FREITAG, 30. JUNI 2023, WAHRSCHEINLICH TEILWEISE VON DEN TERRORDIENSTEN ZUR VERÄNGSTIGUNG DES VOLKES UNTERWANDERT UND INSTRUMENTALISIERT WIRD:

- Das Hantieren mit Kriegswaffen, die massenhaft in die Ukraine geliefert worden waren (Marke Accuracy International)
- Das Hantieren mit erbeuteten Polizeiwaffen
- Das Tragen der weltweit im Volk verachteten Kinderschändermasken
- Dazu typische Gestalt und Auftreten der Fake-Antifa (d.h. neofaschistische Konzerntrupps)
- Das Niederbrennen kleiner Bürgermeisterämter und Läden, die eher geeignet wären, das Volk gegen die Zentralgewalt und Konzerne zu sammeln – dies bei gleichzeitiger Verschonung relevanter Machtzentren
- die exzessiv und symbolhaft-repräsentativ aufgeführte Gewaltorgie gegen einfache Polizisten ohne politisches Ziel und ohne jeden politischen »Gewinn«v

»Die Bilder, die wir gesehen haben ...« Die sind wohl beides: Einmal plündernde Jugendgangs zumeist mit nordafrikanischem Migrationshintergrund, die sich die vielbeschworenen, aber ausbleibenden »Chancen und Prosperität« selber und »auf dem kurzen Dienstweg« verschaffen. Das Phänomen ist aus den Aufständen von 2005 in Paris sowie 2011 in Südlondon bekannt.

WIE DIE PLÜNDERER VON SÜDLONDON

Ohnehin sind die Parallelen zu London interessant. Am 4. August 2011 erschießt die englische Polizei den 29-Jährigen Mark Duggan während einer – wie später bekannt wird – von Geheimdiensten angeleiteten Autokontrolle in der Nähe des Tottenham-Hale-Bahnhofs. Am 6. August 2011 folgt der Protestmarsch gegen die Exekutive in Tottenham. Danach entfalten sich tage- und nächtelang die »England Riots«.

Auf nach Frankreich: Bereits am Donnerstag, 29. Juni 2023, brach eine Delegation aus Berlin in die Île-de-France auf. Darunter auch DW-Journalisten. Zunächst: In ein Zeltlager vor Paris. Das Ziel: Solidarität mit dem befreundeten französischen Volk plus neutrale Dokumentation der Vorgänge. DW und internationale Menschenrechtler haben bereits Material vorliegen, das für die nächsten zehn Ausgaben interessant sein dürfte. Wir gehen es systematisch an.

In der ehemaligen Industriemetropole Clermont Ferrand trifft die DW-Delegation am Sonntag dann auf Serge und Hermineh. Das Autorenpaar ist seit dem Beginn des Niedergangs des Wertewestens – dem Bombardement der Stadt Belgrad im Jahr 1999 – im Widerstand. Mit der Corona-Lüge, sagen sie, habe das Regime »begonnen, das eigene Volk zu ermorden«. Sie glauben: »Diese neue Revolte ist erst der Anfang!« Ihre Schlussfolgerung: »Es ist ein Kampf auf Leben und Tod zwischen Volk und Regierungsstrukturen – buchstäblich!« Ob sie damit womöglich recht haben? Jedenfalls bestanden sie darauf, die Handys im Auto zu lassen.

DER AUTOR EMPFIEHLT FOLGENDE HINTERGRUNDLITERATUR:

- Unsichtbares Komitee / Anonym: »Der kommende Aufstand« (Originaltitel: L'insurrection qui vient). Edition Nautilus, Hamburg 2010.
- Stéphane Hessel: »Empört Euch!« (Idignez-vous!) Übersetzt von Michael Kogon. Ullstein, Berlin 2011
- Unsichtbares Komitee / Anonym: »Das Konspirationistische Manifest« (Manifeste conspirationniste). Übersetzt von Hendrik Sodenkamp, Batseba N'Diaye und Anselm Lenz. Verlagshaus Sodenkamp & Lenz, Berlin 2023.



WIR SIND DIE 99 PROZENT!
MOTOR MITTELSTAND
KOLUMNE *von Wolfgang Greulich*

DIE FLUCHT HAT EINGESETZT

Wer Kinder hat oder einen Hund, im Rollstuhl sitzt oder einfach nur pünktlich ankommen will, reist oft nicht mit der Bahn. Dies ist nicht neu, das Verhalten vieler Bahnmitarbeiter seit 2020 hat dem Topf lediglich an vielen Stellen noch den Deckel aufgesetzt.

Jetzt schreien sie erneut nach Reformen, nach Zerschlagung des Monopols, die Regierung gönnt sich mal wieder Berater. Ja, Reformen tun wirklich not, aber besteht wirklich Interesse? Eines ist klar, solange wir unser Geld in Kriege statt in Frieden stecken, wird das nichts. Denn solange haben wir, allen voran die grün angestrichenen Politiker, grundlegende Dinge nicht verstanden. Solange wird das auch mit den Zügen nichts.

Die Kennzahlen der deutschen Wirtschaft sprechen keine gute Sprache. Klar, wegen Corona. Klar, wegen den Russen. Klar, wegen dem Klima. Und natürlich darf auch der dringend notwendige Kampf gegen rechts nicht vernachlässigt werden. Unsere Regierung hat es schon nicht leicht. Die AfD befindet sich im Höhenflug. Die inhaltliche Aneinanderreihung dieser Themen reicht leider bei den Wenigsten aus, um die wahren Zusammenhänge zu erkennen. Zumal sie medial einzeln präsentiert werden, immer schön nacheinander und stets zum richtigen Zeitpunkt, um weiter Angst zu schüren. Immer so, dass die Menschen vom Denken befreit und beschäftigt sind.

Einstweilen hat eine regelrechte Flucht eingesetzt: Unternehmer und Investoren verlassen das Land, das Kapital wird anderweitig investiert – laut *Finanzmarktwelt* 125 Milliarden Euro netto allein im letzten Jahr. Hört man dazu viel aus Berlin? Nein, denn es ist wie schon 2020: Die einen im Bundestag verstehen es nicht, die anderen erfüllen die Pläne der Eliten.

Die Eliten, das sind jene, die diese Themen mit ihrem Kapital schüren. Es sind immer und immer wieder dieselben Namen und Investoren. Und es ist immer wieder das WEF, das mit dem Geld der Eliten die Marionetten für all die Parlamente erzeugt. Und ja, diese Marionetten werden dann brav immer und immer wieder gewählt, obwohl sie noch nicht einmal vor unseren Kindern Halt machen. 2020 nicht und jetzt erst recht nicht. Es ist einfach nur noch widerlich.

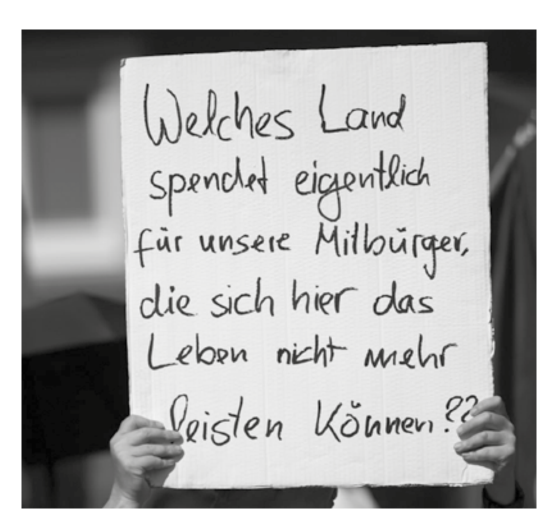
Es braucht wirklich einen großen *Reset*, überwiegend den in den Köpfen der 99 Prozent. Es ist wichtig, selbst die Wahrheit zu suchen, um dann Zusammenhänge zu erkennen. Widerstand und Wandel *made in Germany*!

Wolfgang Greulich ist Widerstandsaktivist und erfolgreicher IT-Unternehmer.

Mehr Inflation, mehr Arbeitslose

Hinter der linken Fassade steckt mehr Profit
ANALYSE von Uli Gellermann

Pünktlich zu den allgemeinen sozialen Deformationen im Rahmen der Wirtschaftskrise bietet der Staat ein Beruhigungs-Geld in Form einer Rentenerhöhung an. Dass die Rentenerhöhung an die Erhöhung des Beitrags der Pflegeversicherung gekoppelt ist, mindert den Reklame-Effekt erheblich.



Demoschild am 25. Juni 2023 in Xanten. Foto: Georgi Belickin

Dass die Rentenerhöhung deutlich hinter der Inflationsrate zurückbleibt, sagt sogar das Bundessozialministerium. Dem steht Hubertus Heil vor: Ein sozialdemokratisches Symbol für den Beamtenspeck. Deutlich dicker wurde auch die SPD-Frau Nahles – versorgt mit einem Job bei der Bundesagentur für Arbeit. Sie weiß zu sagen: »Die schwierigeren wirtschaftlichen Rahmenbedingungen spüren wir nun auch auf dem Arbeitsmarkt«. Sie selbst spürt natürlich gar nichts.

MADEN IM SPECK

Nichts spürt auch Yasmin Fahimi, die Chefin des Deutschen Gewerkschaftsbunds (DGB). Von der hört man zur wachsenden Arbeitslosigkeit gar nichts. Klar, die Sozialdemokratin Fahimi war schon mal Generalsekretärin der SPD, Mitglied des Bundestages und Staatssekretärin im Bundesministerium für Arbeit und Soziales. Da ist die Rente schon mal sicher. Die Maden im Speck würden sich überfressen fühlen, wenn sie so gut versorgt würden, wie die staatlichen Sozialdemokraten. Fahimi gilt als links. Die ganze SPD gilt als links, die Grünen auch; wann wird die CDU ihre linken Ansprüche anmelden?

NOTOPFER FÜR DIE UKRAINE

Es sind solche »Linke«, die zur Zeit das Land in die Krise steuern, weil sie sich im Kampf gegen die Russen weigern, deren preiswerte Energie zu kaufen. Zwei bedeutenden Sektoren der Wirtschaft, der Chemie- und der Energie-Industrie, wird die Grundlage beschädigt. Man muss nicht Wirtschaftswissenschaftler sein, um zu wissen, dass ein solcher *Crash*-Kurs zu Arbeitslosigkeit und Inflation führt. Aber wer in den deutschen Medien sitzt, der darf das nicht wissen, der verkauft diese Sabotage der Ökonomie als Kampf für die Menschenrechte, als Notopfer für die Ukraine.

WOHLTÄTIGKEITSORGANISATION NATO

Spätestens seit dem SPD-Kanzler Schröder, der den Bürgern »Hartz Vier« als »Reform« verkauft hat, werden die Medien von einem perversen Neusprech beherrscht. Ein Sprech, der Ursachen verhüllen und soziale Gemeinheiten als Wohltaten verkaufen soll. Mit der Behauptung, die Ukraine sei ein Opfer und die Nato eine Wohltätigkeitsorganisation zur Friedenssicherung, ist ein neuer Höhepunkt erreicht: Die Waffenlieferungen in die Ukraine sollen dem Frieden dienen. Davon, dass sie der Waffenindustrie Rekordgewinne bescheren, ist nicht die Rede. Von der Inflation und der Arbeitslosigkeit sind die Kinder besonders betroffen: In Deutschland leben rund 2,8 Millionen Kinder und Jugendliche »in relativer Einkommensarmut«, erzählt die Bundesfamilienministerin Lisa Paus von den Grünen mit spitzem Mündchen. Zwölf Milliarden Euro will die Bundesregierung vielleicht für eine »Kindergrundsicherung« ausgeben. Dass 100 Milliarden »Sondervermögen« für die Bundeswehr eine absolute »Grundsicherung« für die Kriegsvorbereitung bedeuten und dass die 100 Milliarden, dem wirtschaftlichen Kreislauf entzogen, einen wesentlichen Beitrag zur schäbigen sozialen Lage im Land leisten, das findet im Neusprech einfach nicht statt. Die eleganteste Form der Manipulation ist immer noch das Schweigen.

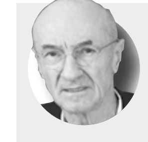
IDEOLOGISCHE ENERGIEPREISE

Immer mehr Firmen ziehen so viel Geld aus Deutschland ab wie noch nie und investieren im Ausland. Das geht aus Berechnungen des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) hervor. Das ist das Resultat einer De-Industrialisierung, die im Wesentlichen ein Ergebnis der ideologisch motivierten Erhöhung der Energiepreise ist. Hinzu kommt eine marode Infrastruktur. Wer mit der Deutschen Bahn fährt, kann ein Lied davon singen. Der Verschleiß der Deutschen Bahn hat ebenfalls ideologische Ursachen: »Privat geht vor Staat« war der Hauptslogan der sozialdemokratischen Modernisierer, der von CDU, Grünen und FDP bis heute beklatscht wird.

»PROFIT« KOMMT IM NEUSPRECH KAUM VOR

Das Wort »Profit« kommt im Neusprech kaum vor. Dass von der Rüstung ebenso profitiert wird wie von der Privatisierung, wollen die Medienregisseure nicht wissen lassen. Die immer ärmer werdenden und vom Krieg bedrohten Menschen könnten ja die Ursachen für ihrer prekäre Situation begreifen. Das wäre eine gefährliche Erkenntnis für das Machtgefüge. Aber solange die Legende von »linken«, also sozial und pazifistisch orientierten Parteien geglaubt wird, ist das Land vom Begreifen weit entfernt.

Dieser Text erschien zuerst auf dem unabhängigen Blog www.rationalgalerie.de. *Wir danken dem Autor für die Möglichkeit des Abdrucks.*



Uli Gellermann, geboren 1945, ist Journalist und Filmemacher. Er betreibt die Aufklärungsseite *rationalgalerie.de* und das Videoformat *Die Macht um Acht.*

MELDUNG

MASCHINENBAU: AUFTRAGSEINGÄNGE SINKEN

Frankfurt am Main/DW. Der Verband der deutschen Maschinen- und Anlagenbauer (VDMA) meldet, dass die Aufträge im Maschinenbau drastisch eigebrochen sind. Demnach ging die Nachfrage aus dem Ausland im Mai im Jahresvergleich um 18 Prozent zurück. Im Drei-Monats-Zeitraum März bis Mai 2023 sanken die Bestellungen um real 12 Prozent zum Vorjahreszeitraum. Als Gründe dafür werden u. a. die weltweit hohen Preissteigerungsraten angeführt. (kmü)

EU WILL GENTECHNIK ZULASSEN

Brüssel/DW. Jahrzehntelang haben europäische Länder, darunter Deutschland, gentechnisch veränderte Pflanzen von ihren Feldern ferngehalten. Nun will die EU laut *Handelsblatt* die Regeln für den Einsatz von Gentechnik in der Landwirtschaft deutlich lockern, sodass Bayer & Co auch in Europa groß in das *Biotech*-Geschäft einsteigen können. (kmü)

TAFELN: MEHR KUNDEN, WENIGER SPENDEN

Flintbek/DW. Die mehr als 960 Tafeln, die in Deutschland Menschen in Armut mit Lebensmitteln versorgen, stoßen an ihre Grenzen. Die Anzahl ihrer Kunden habe sich an manchen Standorten nahezu verdoppelt, während gleichzeitig die Spenden um die Hälfte zurückgehen. Dies teilte der Tafel-Landesverband Schleswig-Holstein/Hamburg dem *Redaktionsnetzwerk Deutschland* mit. (kmü)

WOHNUNGSBAUZIEL NICHT UMSETZBAR

Berlin/DW. Die Bundesregierung will zur Bekämpfung der Wohnungsnot jährlich 400.000 neue Wohnungen bauen. Laut dem Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen (GdW) sei u. a. aufgrund höherer Zinsen sowie strenger politischer Vorgaben für mehr Klimaschutz aber nur eine Fertigstellungszahl von 200.000 Wohnungen pro Jahr machbar. (kmü)



Foto: Bildschirmfoto

DISKRIMINIERUNG GING NACH HINTEN LOS

Berlin/DW. In der Café Bar Los Angelitos (Berlin-Kreuzberg) waren während der Corona-Zeit kritische Bürger unerwünscht (Foto). Nun hat die Betreiberin das Lokal dichtgemacht. Offenbar war der Umsatz so niedrig, dass sie die Miete nicht mehr stemmen konnte. (kmü)

DIE FOLGEN DES WAGNER-AUFSTANDES

Putin geschwächt? Alle wichtigen Personen stehen hinter ihm
Von Felix Feistel

Vor zwei Wochen zog eine Gruppe von Söldnern der Wagner-Gruppe unter Führung ihres Chefs Jewgeni Prigoschin zuerst nach Rostow am Don und dann weiter nach Moskau. Diese als Putschversuch bezeichnete Protestaktion wurde nach nur 24 Stunden durch Verhandlungen zwischen Alexander Lukaschenko, dem Präsidenten von Weißrussland, und Prigoschin beendet.

Wie Lukaschenko in einem Interview erklärte, habe er sich mit dem Einverständnis der russischen Regierung in die Angelegenheit eingeschaltet. Er sagte, der russische Präsident Wladimir Putin sei entschlossen gewesen, den Aufstand mit Gewalt niederzuschlagen. Nur aufgrund seiner Verhandlung sei die Aktion relativ unblutig zu Ende gegangen. Auch Prigoschin teilte in einer Nachricht mit, dass er den Vormarsch der Söldner habe stoppen lassen, als er erfuhr, dass sie bald auf heftigen Widerstand stoßen würden. Er sei mit Lukaschenko übereingekommen, dass ein Blutvergießen in Russland um jeden Preis vermieden werden müsse.

Daher sei er auf das Angebot eingegangen, nach Weißrussland zu gehen. Putin hat sich später in einer Erklärung an das russische Volk gewandt und dabei den Wagner-Söldnern angeboten, entweder mit Prigoschin nach Weißrussland zu gehen, Verträge mit dem Verteidigungsministerium abzuschließen oder nach Hause zurückzukehren. Sämtliche Ermittlungsverfahren gegen Prigoschin sind eingestellt worden.
Zudem wurde bekannt, dass Wagner vollständig vom russischen Staat finanziert worden ist. Allein zwischen Mai 2022 und Mai 2023 zahlte der Staat 86,262 Milliarden Rubel (umgerechnet etwa eine Milliarde Euro) an das Unternehmen. Wie Andrej Kartapolow, Leiter des Verteidigungsausschusses der Staatsduma, erklärte, sei der Grund für den Aufstand gewesen, dass Prigoschin eine Kürzung der staatlichen Zuwendungen befürchtete. Zudem habe das Verteidigungsministerium wenige Tage zuvor angekündigt, dass alle militärischen Gruppen Verträge mit dem Verteidigungsministerium unterzeichnen sollten. Alle privaten Einheiten, darunter auch die Privatarmee des tschetschenischen Präsidenten Ramsan Kadyrow, seien dieser Aufforderung nachgekommen, lediglich Prigoschin habe sich geweigert.

Nun soll offenbar eine Überprüfung der Finanzen der Gruppe stattfinden. Das Unternehmen wird zudem aufgelöst. So wurden die schweren Waffen der Gruppe bereits dem Verteidigungsministerium übergeben. Zudem hat die russische Armee die direkte Kontrolle über die Wagner-Kräfte in Syrien übernommen. Dort kämpft die Gruppe seit 2015 an der Seite der russischen Armee und auf Auftrag von Damaskus gegen IS-Terroristen. Außerdem bewachen sie die Öl-Infrastruktur des Landes. Und es wurden Ermittlungen gegen zwei Wagner-Kommandeure eingeleitet. Auch der Oberbefehlshaber der Militäroperation in der Ukraine, Surowikin, soll Berichten zufolge bei Razzien gegen pro-Wagner-Eliten festgenommen worden sein. Surowikin ist dafür bekannt, dass er gute Beziehungen zu Prigoschin unterhält. Er ist bereits eine ganze Zeit lang in der Öffentlichkeit nicht mehr aufgetaucht. Der Sprecher des Kreml, Dmitri Peskow, erklärte allerdings, dass Surowikin nicht festgenommen worden sein soll. Er wisse nicht, wo er sich aufhalte. Auch die Tochter Surowikins erklärte kurze Zeit nach Auftauchen der Berichte, dass ihr Vater ganz normal an seinem Arbeitsplatz sei.

Eine unbestimmte Anzahl von Wagner-Kämpfern ist Prigoschin nach Weißrussland gefolgt. Lukaschenko dementierte Berichte, denen zufolge für die Söldner Militärlager errichtet würden. Allerdings habe er Prigoschin verlassene Militärbasen angeboten. Zudem erklärte er, dass er Weißrussen nicht untersage, Wagner beizutreten. Man könne von den Kämpfern lernen, erklärte er, und sieht sie gerade in Anbetracht des im Nachbarland tobenden Krieges als Gewinn.

Die polnische Regierung betrachtet die Anwesenheit der Wagner-Kämpfer in Weißrussland mit Skepsis und hat angekündigt, die Grenzverteidigung zu stärken. Der stellvertretende Ministerpräsident Polens und Vorsitzende der regierenden Partei Recht und Gerechtigkeit, Jaroslaw Kaczynski, gab an, dass sich etwa 8.000 Kämpfer in Weißrussland aufhielten und diese eine Bedrohung für die Sicherheit Polens darstellten. Insgesamt verlegte Polen 5.000 Grenzschützer, 2.000 Soldaten und 500 Polizisten an die Grenze zu Weißrussland. Auch der deutsche Verteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) erklärte, eine Einheit von 4.000 Bundeswehrsoldaten dauerhaft in Litauen stationieren zu wollen.

Wie die *CNN* berichtete, hat der Westen während des sogenannten Aufstandes die Ukraine dazu aufgefordert, die Situation nicht für eine Offensive auszunutzen. Zudem habe der Direktor der US-amerikanischen CIA, William Burns, unmittelbar nach dem Ende des Aufstandes mit dem russischen Geheimdienstchef Sergej Naryschkin telefoniert, um ihm mitzuteilen, dass die USA in diesen Aufstand nicht verwickelt seien.

Westliche Medien berichteten nach der Protestaktion der Wagner-Kämpfer, diese hätte gezeigt, dass das Regime Putin geschwächt sei. Allerdings haben sich im Laufe der Aktion alle wichtigen Menschen hinter Putin gestellt und Prigoschin verurteilt. Auch Gerüchte, denen zufolge die Aktion dazu diente, Verteidigungsminister Schoigu und andere Personen auszuschalten, erwiesen sich als falsch. Schoigu meldete sich beinahe eine Woche nach der Aktion zum ersten Mal öffentlich zu Wort. Dabei dankte er den Kräften, die den Aufstand beendet haben und verurteilte ihn aufs Schärfste. Schon zuvor war er immer wieder in Videos an der Seite von Putin zu sehen gewesen, hatte sich aber nicht zu Wort gemeldet.



MELDUNG

DEUTSCHE SOLDATEN ZIEHEN NACH OSTEN

Berlin/DW. Bundeskriegsminister Boris Pistorius (SPD) kündigte am 26. Juni 2023 an, 4.000 Soldaten der Bundeswehr dauerhaft in Litauen zu stationieren. Deutschland sei bereit, »dauerhaft eine robuste Brigade« an die Nato-Ostflanke zu verlagen, so Pistorius gegenüber der regierungsnahen *tagesschau*. Am 4. Juli 2023 verkündete der rumänische Minsterpräsident Marcel Ciolacu, dass auch sein Land dauerhaft deutsche Truppen auf seinem Boden wünsche, um potentiell gegen »den Russen« zu kämpfen. Ciolacu soll Landeskennern zufolge in erheblichen Ausmaß von der rumänischen Bevölkerung gehasst werden. (hes)

USA WILL GEÄCHTETEN WAFFEN SCHICKEN

Washington/DW. Die US-amerikanische Regierung erwägt, der Ukraine Streumunition zu schicken. Laut übereinstimmender Medienberichte vom 1. Juli 2023 könne demnach bereits das nächste Unterstützungspaket in diesem Monat auch die Lieferung der von über 100 Staaten geächteten Munition enthalten. Der damalige Außenminister und heutige Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier unterschrieb für die Bundesrepublik Deutschland dieses internationale Übereinkommen. Streumunition ist besonders für die Bevölkerung gefährlich, da ein Sprengkörper dutzende kleinere Sprengkörper freisetzt, von denen jedoch viele nicht detonieren, sondern als potenzielle Gefahrenquelle für die Bevölkerung zurückbleiben. (hes)

SCHWEDENS GERNKRAFT: KERNKRAFT

Stockholm/DW. Schweden steigt aus dem sogenannten *Green Deal* der EU aus. Das verkündete die schwedische Finanzministerin Elisabeth Svantesson am 30. Juni 2023 in Stockholm. Schweden brauche »ein stabiles Energiesystem«, Wind- und Solarenergie seien dafür »zu instabil« zitiert das Magazin *Tichys Einblick* die Politikerin. Stattdessen werde die Regierung auf eine Kombination aus Kern- und Wasserkraft setzen. Der Anteil von Kernenergie liegt in Schweden bei rund 40 Prozent. Deutschland war Anfang diesen Jahres aus dieser Energietechnologie ausgestiegen. (hes)

SONDERVERMÖGEN FÜR VON DER LEYEN

Brüssel/DW. EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen verkündete in einer Pressemitteilung vom 20. Juni 2023, dass der EU-Haushalt, der sogenannte mehrjährige Finanzrahmen (MFR), erschöpft sei. Der Ukraine-Krieg sei 2020, als der MFR beschlossen wurde, noch nicht absehbar gewesen. Die EU hätte nun den Fortlauf des Krieges mit 30 Milliarden Euro unterstützt, weshalb der Haushalt erschöpft sei. Von der Leyen forderte die EU-Mitgliedsstaaten dazu auf, aus nationalen Steuermitteln eine sogenannte EU-»Finanzreserve« von 50 Milliarden Euro zu bezahlen, um den Krieg weiter zu unterstützen. Auch für weitere Unternehmungen forderte sie mehrere Milliarden Euro ein. (hes)

Niederlande verhängen Ausnahmezustand

Kampf der Regierung gegen Landwirte hält an | Von Felix Feistel

Am 29. Juni wurde bekannt, dass die niederländische Regierung den Ausnahmezustand verhängt hat. Hintergrund war eine für diesen Tag angekündigte Großdemonstration vor dem Parlament in Den Haag, in dem über eine neue Stickstoffverordnung debattiert werden sollte. Die Bauern hatten geplant, mit langen Traktorenkolonnen nach Den Haag zu fahren und die Stadt zu blockieren.

Die Organisatoren des Protestes, die Farmers Defense Force (FDF), erklärten, dass der Ausnahmezustand ein Mittel der Regierung sei, um die Bauern um ihr Recht auf Versammlungsfreiheit zu bringen. Die Landwirte brachen dennoch auf. Die Folge: Sie wurden am Stadtrand von der Polizei empfangen und umgeleitet und konnten somit nicht nach Den Haag, um ihrem Unmut Ausdruck zu verleihen.

Hintergrund der Proteste sind die Bestrebungen der niederländischen Regierung, 3.000 landwirtschaftliche Betriebe zu schließen. Dies geschehe aufgrund des hohen Ausstoßes von Stickstoff, der schlecht für das Klima sei (DW berichtete). Allerdings haben verschiedene Kapitalisten hunderte Millionen Euro in die Niederlande investiert, um Fleisch im Labor zu züchten. Zudem soll das

Niederländische Polizisten hindern Landwirte an der Weiterfahrt.
Foto: Bildschirmfoto

Ackerland der Bauern an Investoren verkauft werden, um dort Solarkraftwerke oder Mietshäuser zu errichten.

Die niederländische Regierung unter WEF-Zögling Mark Rutte zwingt die Landwirte mit Gewalt dazu, ihre Höfe aufzugeben. Dabei bietet sie zunächst an, die Höfe aufzukaufen. Doch wer auf dieses Angebot nicht eingeht, wird enteignet, ohne dafür noch eine Kompensation zu erhalten.

Surfe auf de Welle Anges

Der deutsche Intellekt in bleierner Zeit. Skiz und Spekulationen zur Vorgeschichte ein Selbstverleugnung – und des Versagens.

Von Werner Köhne

Über das Versagen vieler Intellektueller während der Coronajahre scheint alles zu Sagende gesagt. Außer Kraft gesetzt wurde in dieser bleiernen Zeit – die leider noch anhält – jene kritische Öffentlichkeit, die gemeinhin als Korrektiv zum System der gesellschaftlichen Gleichschaltung galt und für die einst der französische Schriftsteller Émile Zola einstand.

Mit seinen »J'accuse!« (dt. Ich klage an) gegen einen Antisemitismus, der damals weite Teile der französischen Eliten erfasst hatte, machte er sich zum Fahnenträger der Aufklärung. Er behauptete sich gegen den *Mainstream*, zehrte aber wohl auch davon, dass er in der modernen Massengesellschaft als Prominenter einigermaßen geschützt war.

Heute wird ein anderer Phänotyp des Denkens kreiert. An Stelle des klassischen Intellektuellen sind der Experte, der Moderator, der Fakten-*Checker* und der von Machtinteressen gedungene Medienzuarbeiter getreten. Sie alle sind – wie wir schmerzlich erfahren haben – dabei, den Motor der Aufklärung – die Kritik – unter sich zu begraben. Man sollte sich vor Augen halten, dass vor nicht allzu langer Zeit noch ein anderer Typ reüssierte, der heute fast wie ein Fossil wirkt.

ES WAR EINMAL – VOR KURZEM NOCH

1981 war es, als der Soziologe Oskar Negt und der Filmemacher und Essayist Alexander Kluge ein Mammutwerk mit dem Titel *Geschichte und Eigensinn* veröffentlichten, das in Farbe und Format an die berühmten blauen Marx-Bände erinnerte. Das Buch enthielt eine Botschaft, vorgebracht im Pathos einer frei schwebenden Intelligenz: Die Autoren wollten zu neuen Ufern der Zeitdiagnose aufbrechen, nach Antworten suchen auf die Frage, wie objektive und subjektive Kräfte, im wörtlichen Sinne eben »Geschichte und Eigensinn« ineinander wirken.

Auffallend ein Foto der beiden Autoren auf der inneren Kladdenseite des Buches. Wir sehen zwei Geistesarbeiter, die sich an einem größeren Tisch gegenüber sitzen – ein Duo, das auf fast rührende Weise die Anmutung einer konzentrierten Arbeitsgruppe in uns wachruft: Auf der einen Seite der gewerkschaftlich orientierte Soziologe Oskar Negt, dort der in Assoziationen mäandernde Alexander Kluge. Leicht auszumalen, wie der Arbeitsprozess der beiden Intellektuellen wohl ablief, wie vermutlich vereinzelte Missverständnisse im Gespräch Pausen entstehen ließen, aus denen sich beide dann jedoch kraft furioser Volten und immer wohlwollend eingestellt gegenüber den Gedanken des anderen herauswanden. So entstand ein Mosaik kreativen freien Denkens, das heute in Folge verhärteter Diskurs-Tabus kaum vorstellbar wäre.

Negt und Kluge setzen sich mit diesem spielerisch entwickelten Dialog schon deutlich ab vom Typ des Intellektuellen der heroischen Spur Émile Zolas. Dieser galt ja mit seiner Tat als eher einsamer Kämpfer in der Wüste, während Negt und Kluge einen lockeren Arbeitsstil pflegten, gut abgefedert im Zeitgeist, mit dessen damaliger Vorliebe, alle Phänomene des Lebens in Modelle kommunikativen Handelns oder »wilden Denkens« einzufügen. – Nun ja, es waren eben die Achtziger; das Anything Goes (dt. Alles geht irgendwie) stand in voller Blüte, schuf eine buntscheckige »Orchideenphilosophie«, die sich elegant zu inszenieren wusste. Da ging vieles zusammen, was heute völlig undenkbar wäre.

Der Philosoph Georg Lucács hat einmal ein solches intellektuelles Erkenntnismuster in leichtem Spott folgendermaßen charakterisiert: Man geht als Großdenker/in oftmals von einer Einzelerfahrung aus, verortet sie in lässiger Geste in eine schon angedachte Theorie, um von dort aus zu einem lakonischen Urteil zu gelangen.Und fertig ist das Haus vom Nikolaus! Aber gut, dies sei den beiden Denkern zugestanden: Es war eben, wenn man so will, immer schon Intellektuellen-*like*, Komplexität in Einfachheit zu überführen.

Was aber in Kenntnis der gegenwärtigen Diskursverweigerung besonders schmerzlich anmutet: Negt und Kluge hatten im Bewusstsein, als *Team* zu denken, zwar kaum noch etwas gemein mit traditionellen Intellektuellen wie Günther Grass und Martin Walser, aber sie scheinen geradezu um Lichtjahre entfernt vom schweigenden Heer der Intellektuellen heute. Um deren Geschichte und Geltung aber geht es. Was ist mit ihnen los?

EINE ERSTE BESTANDSAUFNAHME

Woraus speist sich das Profil des deutschen Intellektuellen heute? – Der Publizist Richard Herzinger stellte vor mehr als 20 Jahren zur Typologie des Intellektuellen recht ernüchtert fest, es ließe sich kaum noch von einer herausgehobenen Bedeutung des Intellektuellen sprechen, der in einer großen Geste eine ganze kritische Öffentlichkeit ersetzen muss. Es seien lediglich widerstreitende Ansichten unter Intellektuellen übrig geblieben, die ebenso diffus ausfielen wie es das Meinungsspektrum in der ganzen Gesellschaft vorgäbe.

Herzinger fügt an, dass in dieser Zersplitterung und Entwertung des klassischen Profils eine tiefe Kränkung für Intellektuelle läge, da sie in diesem medialen Umfeld der Einzigartigkeit und auch der moralischen Weihen und Gratifikationen der Gesellschaft verlustig gegangen seien und diese Schmach kaum verschmerzen könnten.

Zu dieser Entzauberung des Intellektuellen passt womöglich auch die Einschätzung des Essayisten Michael Rutschky, der im Laufe seines Lebens einen Wandel im Wunschbild des Intellektuellen feststellte. Konkret: Als er, Rutchky, studierte, habe der junge Intellektuelle eigentlich Professor werden wollen. Heute strebe der junge Mensch, wenn er zur Intelligenzija gehören möchte, in die Medien.

BERUFSANFORDERUNGEN: GEWIEFT, GEISTESGEGENWÄRTIG UND FLEXIBEL

Ja, um hier mit einem Zitat von Goethe einmal fremdzugehen: »An den Medien hängt, zu den Medien strebt doch alles«; angefangen vom Studenten der nicht genau weiß, was er will und deshalb die Medien ins Auge fasst, bis hin zum fleißigen Magisterabsolventen, der das auf Aktualität getrimmte Milieu in den Redaktionsbüros dem Muff der Nach-68er-Zeit vorzieht – ob als Angestellter in den öffentlich-rechtlichen Anstalten oder als *Freelancer* an der *Online*-Meinungsfront.

So mag es auch der Publizist Lutz Hachmeister gesehen haben, einige Zeit später, als er im Überschwang der neu sich ankündigenden Entwicklungen den Medienintellektuellen sehr positiv vom klassischen Intellektuellen abhob. Während letzterer von Hachmeister als Generalist längst überfälliger ideologischer Schlachten ausgemacht wurde, attestierte er dem Medienintellektuellen geradezu ein attraktives Profil: »gewieft, geistesgegenwärtig und flexibel«, müsse er sein – ein Surfer gewissermaßen auf den Wellen des Angesagten.

In einer aufgepeppten Gesellschaft mit hohem Aufmerksamkeitspegel interessiert nicht weiter, wenn sich eine Stimme in behäbigem Ton der Altvorderen meldet und über das Ganze der Moderne schwadroniert. Da schien sich mit Lutz Hachmeister schon ein anderes, dem Anschein nach demokratischeres Modell von Intellektualität anzukündigen: das von einer viral ausufernden Schwarmintelligenz. Allerdings wäre der woke Diagnostiker Hachmeister 20 Jahre nach seiner Prognose selbst ernüchtert, wenn er sich die gegenwärtige Situation vor Augen führt, in der *Freelancer* und angestellte Medienintellektuelle ihr tägliches meist tristes Dasein fristen müssen: Die coole Surfer- Attitüde, die Hachmeister an eine gute Zukunft für die Spezies glauben ließ, können sich inzwischen nur noch wenige leisten in einem Universum der Abhängigkeiten, inmitten all der Instanzen politischer Einflussnahme und unaufhaltbarer Monopolisierungen, die Diversität und Denkreichtum kaum zulassen. Surfen auf dieser Welle tun da nur wenige, und »flexibel« ist ein anderes Wort für das Einknicken vor der Macht des Faktischen. Und vor der Macht ohnehin.

Der Geist der Zeit ist inzwischen mutiert in einen launigen Zeitgeist, der den Intellektuellen als ein bloßes Schattenwesen zurücklässt; einen fiebernden Fahrer auf der Überholspur, heimgesucht von der Angst, selbst überholt zu werden, immer weniger in jene Komfortzone sich versetzt fühlend, in der nach klassischem Muster Überzeugung und unbeugsame Haltung die Ideale der Aufklärung umsetzen können.

Wer uns indes da heute als intellektueller Phänotyp der Stunde real begegnet, wäre kaum noch satifaktionsfähig für all die altvorderen Intellektuellen à la Zola oder Grass. Wir begegnen flinken Rackern des Geistes, mit aufschäumenden Moralismus, die sich durchwurschteln durch das Meer der medial erzeugten Aufmerksamkeitsökonomie. Die Antennen sind ausgefahren für das, was gerade ansteht, was gewünscht, ja systemisch gefordert wird. Es gilt ja nicht mehr, dass alles geht wie in den »seligen« 70ern und 80ern; es geht nur noch um das, was so und nicht anders gehen soll.



Brettsegel-Philosoph Peter Sloterdijk im Wellenbad der Konzerne.
Bildmontage: DW/Ute Feuerstacke

Der Intellektuelle dieses hektisch agierenden Zuschnitts lässt wenig Raum für freie Entfaltung. Man muss hier nicht das gegenwärtige Szenario namentlich ins Spiel bringen, um eine tiefe Ahnung zu bekommen von der darin geübten Entkernung des Intellektuellen in den letzten drei Jahren: Rund um Corona, Krieg und Klimakrise hat sich ein Krebsgeschwür aus starren Haltungen und Maßregelungen gebildet, die den Intellektuellen, diese Restfigur des geistigen Lebens, noch weit hinter die einstig ihm vorgeworfene metaphysische Schwurbelei, ja selbst hinter den gesunden Menschenverstand zurückfallen lassen. Es bleiben für ihn lediglich Handlangerdienste für übergeordnete Instanzen und Widersprüche, in die er sich unheilvoll verstrickt.

DER DEUTSCHE INTELLEKTUELLE IM WIDERSTREIT ZWISCHEN KULTUR UND ZIVILISATION

Von links und rechts ist bisher nicht die Rede. Muss auch nicht. Die Dramaturgie verläuft inzwischen jenseits dieser Grenzziehungen.

Wer sich ein wenig in der deutschen Kulturgeschichte auskennt, weiß, wie viel Sprengstoff die Begriffe »Zivilisation« und »Kultur« immer schon in sich bargen. Sie galten hier seit jeher als streng voneinander abgegrenzte Bereiche. Bei Kurzschluss drohten hohe Entladungen. Wer im Land der Dichter und Denker für Kultur eintrat, misstraute fast zwangsläufig der Zivilisation.

r
en
n des
sagten

tuelle
zen

er

Das führte zu jenem Gralshütertum, für das sich einst auch Thomas Mann nicht zu schade war, als er in seinen Betrachtungen eines Unpolitischen dem Titel »Intellektueller« polemisch das in Deutschland anrüchige Attribut »Zivilisationsliterat« anhängte. Der Autor des Zauberberg wollte mit dieser Invektive vornehmlich seinen Bruder Heinrich Mann treffen, der sich damals zu Beginn des ersten Weltkrieges ostentativ gegen dräuende Schicksalsmächte, wie sein Bruder sie liebte, und für Frieden und die internationale Solidarität aller Intellektuellen eingesetzt hatte.

Der Streit zwischen den Manns wirkt angesichts der Debatten heute geradezu exemplarisch: Intellektuelle Auseinandersetzungen um Kultur und Zivilisation werden hierzulande mit einer Heftigkeit geführt, die auf eher familiäre Verwerfungen schließen lassen. Im Kontrahenten wird kein Fremder, vielmehr der verfeindete Bruder ausgemacht – psychologisch weitergedacht der abgespaltene Teil des eigenen Ich. Plädoyers für kulturelle Ursprünglichkeit geraten da schnell zu raunenden Bekenntnissen und hoch passionierten Herzensangelegenheiten. Aber auch die Parteinahme für die Segnungen einer zivilisatorisch fortschreitenden Moderne fallen hierzulande viel zu schrill aus, um eine innere Dynamik verirrter Gefühle verbergen zu können. Es geht in dieser Auseinandersetzung sehr schnell um alles, um jene Wahrheit, die man dem intellektuellen Gegenspieler abspricht, ja für die man ihn zu denunzieren bereit ist.

WALTHER BENJAMINS ZUGRIFF AUF DEN STATUS DES INTELLEKTUELLEN

Eine Ahnung von diesen sehr oft in Deutschland zu beobachtenden Zwistigkeiten zwischen Intellektuellen vermittelte uns der Philosoph und Essayist Walter Benjamin (Seite 16). Dessen Gespür für kollektiv-psychologische Prozesse und abrupte Mentalitätswechsel in der Geschichte schließen bei ihm immer auch die Forderung nach einer Betrachtung der eigenen Position als Intellektueller ein. Ganz entgegen üblicher Gepflogenheiten beurteilt Benjamin die Lage des Intellektuellen nicht aus der Position des Richters, sondern er stellt sich schlicht die Frage, was einen Menschen – in Sonderheit ihn selbst – legitimiert, als geistiger Impulsgeber, vielleicht auch als Mahner in die Zeitläufte einzuwirken.

Seine These: Der Intellektuelle erwirbt sich dieses Recht zum Vordenker nur, wenn er zunächst seine eigene Stellung in der Gesellschaft reflektiert. Inwieweit ist er in Abhängigkeiten, in ökonomische und soziale Handlungsmuster verstrickt oder als Vertreter seiner Klasse nur beschränkt tauglich, Gesellschaftskritik zu üben? Es dürfte kein Zufall sein, dass Benjamin selbst sich eher als Privatgelehrter auf dem freien Markt ansiedelte, er sich dort durchschlagen musste, wie eine Vielzahl anderer Intellektueller auch – ein Heer von einzelgängerischen Außenseitern, wie sie das neunzehnte und das frühe zwanzigste Jahrhundert uns schenkte.

Es waren denn auch Denker wie Schopenhauer, Kierkegaard, Marx und Nietzsche, die die Rolle des Intellektuellen damals ausfüllten, ungewollt vielleicht und voller Bitterkeit gegen universitär angestellte Professoren unter muffigen Talaren. Diese Outsider bildeten allerdings äußerst prekäre und oftmals fragile Biografien aus, hinter denen sich gesellschaftliche Zwangsverhältnisse und wohl auch eine Art deutscher Pathologie verbarg. Man mag in diesem Zusammenhang vor allem an die sogenannte Melancholietheorie denken, die Benjamin entwickelt hat. Sie sollte Aufschluss darüber geben, wie es um die Seelenlage des Intellektuellen bestellt sei. Dessen Krankheit rührt Benjamin zufolge daher, dass er von der Übermacht der Geschichte und einer systemisch eingeschränkten Öffentlichkeit erdrückt in eine Art Lähmung falle und aus dieser Position die Welt um sich herum zum bloßen Bild erstarren lasse.

In diese wenig schmeichelhafte Diagnose war laut Benjamin indes der Gedanke der Erlösung angelegt. Der Intellektuelle sehnt sich demzufolge danach, der Schwermut zu entgehen, er möchte aus sich selbst heraustreten, mithin sich absetzen von anderen Intellektuellen, die ihm als Spiegel seiner eigenen Unzulänglichkeit dienen. In dem Wunsch, so normal und gesund zu erscheinen wie andere Menschen – eine sehr deutsche Suggestion – verfängt sich der Intellektuelle allerdings in ein Pathos, das peinlich anmutet und seine positive Absicht, in der Gesellschaft anerkannt zu werden und sich wie ein Fisch im Wasser zu fühlen, massiv konterkariert. Der Intellektuelle wird nie ein Fisch im Wasser sein, aber er möchte es gleichwohl.

Sagt uns diese Vorgeschichte womöglich etwas über das Ausmaß des Zivilisationsbruchs vor drei Jahren, der besonders spürbar am Verhalten der Intellektuellen abzulesen war?

Deren auffälliges Schweigen könnte diesen Überlegungen zufolge daher rühren, dass die durch Corona verursachte Ausnahmesituation viele Intellektuelle in die Arme staatlicher Stellen hat treiben lassen, von wo sie sich in höhnischer Geste gegen die »Verschwörungstheoretiker« und »Schwurbler« wandten, diese gar als infantile und lebensunfähige Intellektuellen denunzierten. Peter Sloterdijk bestätigte mehrmals diesen pathologischen Befund in aller Deutlichkeit, als er sich in verblüffender Naivität für die staatliche Exekutive mit starker Hand gegen die Coronamaßnahmen-Kritiker richtete.

Auch hier zeigt sich das ganze Ausmaß der von Walter Benjamin aufgewiesenen Pathologie: Man will nicht sein, was man ist und sein, was man nicht ist. Das Schlimme daran: Diese Zerrissenheit – ein Erbe des alten Intellektuellen – erzeugt in ihnen nicht einmal mehr ein Leiden an sich selbst und an der Gesellschaft. Sie führt vielmehr zu einem schier unlösbaren Trotz und einem blinden Weitermachen. Ist der Intellektuelle damit am Ende?



Der Philosoph Werner Köhne ist Dokufilmer und Radiomacher (*arte*, *WDR*) sowie Autor der »Minima Mortalia«.



Das Letzte – von Anselm Lenz

SEHR GEEHRTE FRAUEN, NICHT MINDER GESCHÄTZTE MÄNNER, LIEBE KINDER!

Es wird wohl auf einen »ewigen Krieg« in Osteuropa hinauslaufen, denn die Wette zwischen der alten Hegemonialmacht USA und der neuen Supermacht China gilt. Im Grunde handelt es sich um eine zutiefst langweilige Veranstaltung, wie alle Geopolitik, also dem Wettbewerb der nationalen Apparate.

Wer heute in Karthago lebt, befindet sich einfach in einem Vorort von Tunis. Ist damit das klassische Denken vom Aufstieg und Fall der Imperien öde, passé? Sind wir am Ende der Geschichte angelangt – oder etwa doch nicht?

Der Trick des »Westens« besteht darin, dieses Ende zu behaupten und dabei alles auf das Individuum herunterzubrechen. Diese Denkweise vom Individuum her, also vom Kleinsten ins Größte, hat sich als kulturhegemonialer Supercoup erwiesen – insbesondere dann, wenn es darum geht, ein Ausnahmeimperium zu errichten, jenes »exzeptionalistische«, das am Ende wirklich die Weltherrschaft will – und wir sind mittendrin statt nur dabei.

Lassen musste man den Besatzern aus den USA, dass man den Eindruck haben konnte, immerhin nicht bei allem mitmachen zu müssen, und die Freiheiten für jene, die sie zu nutzen verstanden, doch erheblich waren. An China beißt man sich nun die Zähne aus, ist es doch ökonomisch auf der Hochgeschwindigkeits-Überholspur und trotzdem ganz und gar nicht westlich. Damit wird eine Annahme des Westens widerlegt: Dass Wohlstandskapitalismus und Demokratie westlicher Ordnung (und Unterordnung) miteinander verheiratet seien.



Freistehende Wendeltreppe im Inneren des Theaters Erfurt, Thüringen. Foto: Giorno2/CC

Da wir in Deutschland mit diesem Ränkespiel wenig zutun haben werden, nicht einmal mehr als »Schaufenster« gebraucht werden, ist es angebracht auszuloten, wie wir uns aus dem kommenden Schlamassel heraushalten können. Neutralität, freie Lebensführung, Bildung, Grundrechte, sozialer Ausgleich und eine Betonung der über 2.000-jährigen Geschichte unseres Landes seit Arminus stünden uns gut zu Gesicht. Nicht zu grimmig! Vielleicht haben wir dann eine kleine Chance, aus dem Showdown ausnahmsweise einmal unzerstört hervorzugehen.

Mit Netflix oder Disney ist die Heimreise nicht zu schaffen. Dafür braucht man schon eine eigene Kulturproduktion, eine originär deutsche Kulturproduktion. Können Sie sich soetwas überhaupt noch vorstellen? – Fangen wir doch bei einer Zeitung an. Ach, haben wir ja schon. Pardon!

Frohen Mutes
mit Dank und Grüßen,
Anselm Lenz
Journalist, Verleger

Frei.Wild springen Rammstein zur Seite

»Woke Rotzlöffel haben nicht alle Latten am Zaun« | Von Klaus Müller



Mögen keine moralheuchelnden Bessermenschen und Vorverurteilungen verursachen bei ihnen einen »großen Kotzreiz«: Frei.Wild um Sänger Philipp Burger (2.v.l.). Foto: CC/KingLeo92

Die *Mainstream*-Medien hören mit ihrer Hetze nicht auf. Und Musiker, die wie etwa Tocotronic der linken Szene zuzuordnen sind, scheuen nicht davor zurück, sich ebenso voreilig zum Fall Till Lindemann und Rammstein zu äußern.

Der Bassist der Hamburger Band, Jan Müller, wirft in einer Kolumne im *Musikexpress* Rammstein Haltungslosigkeit vor und rät deren Fans, andere Musik zu hören. Aber – natürlich – gehe es ihm dabei nicht um eine Bewertung der aktuellen Vorwürfe, schließlich gelte die Unschuldsvermutung. Er frage sich vielmehr, »wie es geschehen konnte, dass dieses Produkt über all die Jahre so viel Anerkennung erfahren konnte.« Spricht da etwa der pure Neid? Schließlich gelten Rammstein als eine der erfolgreichsten deutschen Bands aller Zeiten.

Und wer kennt schon Tocotronic? Auch Madsen, Donots und Kraftklub hielten es bereits für angebracht, sich direkt oder indirekt zu Rammstein äußern zu müssen. Kraftklub-Frontmann Felix Kummer erklärte auf der Bühne des Hurricane Festivals in Scheeßel gar, dass er sich »son bisschen schämt, hier als Mann auf der Bühne zu stehen.«

Gutmenschen, wohin man schaut. Wie es anders geht, zeigen einmal mehr Frei.Wild. Auf ihrer Facebookseite verlinken die Jungs um Sänger Philipp Burger einen *Bild*-Artikel über den Angriff auf das Rammstein-Büro in Berlin-Pankow (DW berichtete) und bringen mit deutlichen Worten zum Ausdruck, dass Vorverurteilungen bei ihnen immer einen »großen Kotzreiz« verursachen, weshalb sie sich in Sachen Till Lindemann »kein Urteil anmaßen« möchten. Weiter heißt es: »Dass jetzt aber gefühlt jeder, der auch nur irgendwie imstande ist, eine Gitarre gerade zu halten, zum Fachmann für Gerechtigkeit und Menschlichkeit mutiert«, passe »zum Bessermenschen-Klima in Deutschlands Volks- und Kunstlandschaft«.

Frei.Wild erklären, dass über Schuld und Strafe Richter zu urteilen hätten, nicht »selbsternannte Moral-Soldaten«. Die Erfolgsband aus Südtirol, die von den *Mainstream*-Medien oft als Rechts *geframt* wird, weiß aus eigener Erfahrung, wovon sie spricht: Sie habe solche Anschläge auch schon mehrmals erleben müssen. »Und egal, wer nun dahinter steckt oder steckte, ob Antifa oder Geistesgestörte anderer Art, sowas ist echt total für den Arsch und bringt bis auf Reichweite halt doch nur eines – die öffentliche Bestätigung, dass diese für uns wirklich völlig verzogenen *Woke*-Rotzlöffel echt nicht alle Latten am Zaun haben.« Der eindringliche Rat von Frei.Wild: »Bitte sucht euch eine Arbeit, dann klappt's auch mit der Auslastung und Selbstbestätigung.«

Nach Impfschaden: Christine Prayon macht Schluss mit der *heute-show*

Sie hat keine Lust, »Andersdenkende der Lächerlichkeit preiszugeben« | Von Klaus Müller

Knapp elf Jahre war Christine Prayon als Außenreporterin Birte Schneider für die *ZDF*-Satiresendung *heute-show* tätig. Damit ist nun Schluss: »Ich habe die Zusammenarbeit mit der *heute-show* beendet. Ich bin lange nicht aufgetreten wegen meiner *Post-Vac*-Erkrankung, aber ich habe deswegen keine Sendung verpasst», erklärte die Kabarettistin in einem Interview mit der *Kontextwochenzeitung*.



Kabarettistin Christine Prayon bei der Verleihung des Dieter-Hildebrandt-Preises 2019 in München. Foto: CC/Henning Schlottmann (H-stt)

Die 49-Jährige habe sich mit der politischen Satiresendung offenbar nicht mehr identifizieren können und erhebt schwere Vorwürfe gegen ihre Ex-Kollegen: »Ich habe mit der Art, wie die großen gesellschaftlich prägenden Themen seit Corona behandelt werden, zunehmend Bauchschmerzen bekommen. Ich habe auch mit den Verantwortlichen dort geredet und betont, dass ich mich nicht daran beteiligen will, Andersdenkende der Lächerlichkeit preiszugeben. Satire darf sich nicht daran beteiligen, den Diskurs zu verengen. Und jetzt findet genau dies wieder statt beim Krieg in der Ukraine. Da werden Narrative und Positionen von Gruppen, die gesellschaftlich in der Hierarchie weit oben stehen, unablässig wiederholt und gleichzeitig wird Stimmung gegen Andersdenkende gemacht. Das hat nach meinem Dafürhalten nichts mehr mit Satire zu tun.

Als Beispiel nennt Prayon Jan Böhmermann. »Auch er hat die gängigen Narrative verstärkt. An eine Sendung kann ich mich noch gut erinnern. Da ging es um Nichtgeimpfte, und dann lehnte er sich zurück und zeigte zwei Stinkefinger. Ich dachte, wie kann man das machen?« Dem Einwand des Interviewers, dass Satire auch Provokation sei, entgegnete Prayon: »Aber das ist Spaltung.«

Pikant: Die Redaktion des *ZDF Magazin Royale* von Böhmermann ließ nach dem Interview auf *Spiegel*-Anfrage verlauten, man habe einen entsprechenden Ausschnitt nicht finden und sich auch nicht an den Mittelfinger gegen Ungeimpfte erinnern können. Wozu das *ZDF* entweder nicht in der Lage oder willens war, erledigte schließlich die *Kontextwochenzeitung*: Die von Prayon erwähnte Szene (siehe Foto) stammte aus der Sendung vom 19. November 2021, ist in der *ZDF*-Mediathek jedoch nicht mehr verfügbar. Böhmermann ist schon lange bekannt für seine Hetztiraden. Was er Satire nennt, ist oft übelste Propaganda.



Zur Erinnerung: Böhmermann und der doppelte Stinkefinger gegen Ungeimpfte. Foto: Bildschirmfoto

Neu!

VERANSTALTUNGSKALENDER

01.07.-31.08.2023 • Berlin; unterschiedliche Orte und Zeiten • DJEMBE KURS • «Resonanz und Rhythmus für den Fluss des Lebens« Ali Wagner gibt Trommelkurse in der Gruppe ab Juni 2023 • 10€ pro Person pro Stunde • Information und Anmeldung unter 01520 6585133, wichowaka@outlook.de

08.07.2023 • Berlin; Werkhaus in den Heckmann-Höfen, Oranienburger Str. 32, 10117 Berlin • PROJEKTVORSTELLUNG • »Kreative Gesellschaft« • 15:00 Uhr • Anmeldung unter: info@kreativegesellschaft.org

08.07.2023 • Berlin; Laubacher Str. 36, 14197 Berlin • KONZERT • »Politische Lieder aus dem Wahnsinn« Tamil Orage singt am Klavier • 20:00 Uhr – 22:30 Uhr

10.07.2023 • Mannheim; Cinema Quadrat, K1,2, 68159 Mannheim • FILMVORFÜHRUNG • »Die Verschwundene (Seules les betes)« von Dominik Moll • Informationen bei birgit@ovalmedia

12.07.2023 • Rostock/ Kessin; Kirche, Neubrandenburger Straße 5, 18196 Dummerstorf • VORTRAG • »Der Weg zum Frieden – Die Bergpredigt« von Eugen Drewermann • 19:00 Uhr

14.-16.07.2023 • Stechlin-Menz; Buddhistisches Institut Karma Tengyal Ling, Neuruppiner Str. 6, 16775 Stechlin-Menz • FEST • »Frieden, Freiheit, Freude und Selbstbestimmung« organisiert von Markus Hoffmann • Anmeldung erforderlich bei: fest-im-norden@oberhavel-steht-auf.de • weitere Informationen unter oberhavel-steht-auf.de/fest-im-norden

24.-26.07.2023 • Braunbedra; Zentralwerkstatt Pfännerhall, Grubenweg 4, 06242 Braunsbedra • SOMMERFEST • Veranstalter ist NuoViso • Tickets: 139€ und weitere Informationen unter nuovisoshop.de

26.-30.07.2023 • Friesack; Freilichtbühne, Vietznitzer Str.14, 14662 Friesack • FESTIVAL • »Pax Terra Musica 2023« • Tickets und Informationen unter pax-terra-musica.de

26.7.2023 • Weiden (i.d.OPf); Lebensfreiraum, Spielbergerstr. 92727 Waldthurn • VORTRAG, WORKSHOP • »Selbstbestimmte Bildung für ein selbstbestimmtes Leben« von dieBasis, KV Weiden Tomas Langhorst, AG Bildung • 17:45 Uhr • Eintritt frei

28.07.2023 • Würzburg; Restaurant 'Zur Feggrube', Heiner Diekreiter Weg 1, 97074 Würzburg • VORTRAG, WORKSHOP • »Selbstbestimmte Bildung für ein selbstbestimmtes Leben« von dieBasis, KV Würzburg mit Tomas Langhorst, AG Bildung • 18:30 Uhr • Eintritt frei

22.08.2023 • Bad Zwischenahn; Forum Schulzentrum, Humboldtstr. 1 • VORTRAG • »Nur durch Frieden bewahren wir uns selber« von und mit Dr. Eugen Drewermann • 19:00 Uhr • Tickets vor Ort 15€, für Schüler Eintritt frei • weitere Informationen unter seistolzaufdich.de/eugen-drewermann-vortrag

01.-03.09.2023 • Weimar;historisches Schießhaus, Johann-Heinrich-Gentzplatz 1, 99423 Weimar • FESTIVAL • »Musik & Wort in Weimar« mit MartinaGebhardtQuartett, Votum,Lauschkonzert, Ulrike Guérot & Gabriele Gysi, Hans-Joachim Maas, Jens Fischer-Rodrian, Uli Masuth und vielen anderen Künstlern • Beginn 19:00 Uhr • Tickets unter: dasfestival.eu

Wenn wir Ihre Veranstaltung ankündigen sollen, schreiben Sie eine E-mail an *veranstaltung@demokratischerwiderstand.de* Aktuelle Hinweise gibt es im Newsletter über *https://nichtohneuns.de*

DW-EMPFEHLUNGSLISTE

Diese Bücher sind im freien Handel erhältlich.
Neue Rezensionsexemplare bitte schicken an
DW/KDW | Postfach 35 02 16 | 10211 Berlin



DER KOMMENDE AUFSTAND

Unsichtbares Komitee
Edition Nautilus
ISBN: 978-3-89401-732-3



AN UNSERE FREUNDE

Unsichtbares Komitee
Edition Nautilus
ISBN: 978-3-89401-818-4



JETZT

Unsichtbares Komitee
Edition Nautilus
ISBN: 978-3-96054-061-8



DAS KONSPIRATIONISTISCHE MANIFEST

Unsichtbares Komitee
Sodenkamp & Lenz
ISBN: 978-3-9822745-9-1



KOGNITIVE KRIEGSFÜHRUNG
Neueste Manipulationstechnicken als Waffengattung der Nato

Jonas Tögel
Westend-Verlag
ISBN: 9783864894220



LÜGEN, LÜGEN, LÜGEN
Terror, Tyrannei und Weltenbrand als Neue Normalität der Globalisten
Flo Osrainik
Rubikon-Verlag
ISBN: 978-3-96789-038-9



MINIMA MORTALIA

Werner Köhne
Sodenkamp & Lenz
ISBN: 9783982274508



DIE CORONA-LITANEI
Gedichte gegen die verordnete Verödung des Lebens

Werner Köhne
Sodenkamp & Lenz
ISBN: 9783982274584



DIE PROPAGANDA-MATRIX
Der Kampf für freie Medien entscheidet über unsere Zukunft
Michael Meyen
Rubikon-Verlag
ISBN: 9783967890204



CHRONIK EINER ABRECHNUNG

Flo Osrainik
Sodenkamp & Lenz
ISBN: 978-3-9822745-7-7



SCHIEFLAGE ÜBERWINDEN

KOLUMNE CHRISTEN IM WIDERSTAND

von Klaus Ebbert

Die vergangenen mehr als drei Jahre haben eindrücklich die schlimme Schieflage unserer Gesellschaft aufgezeigt. Wie polarisiert sie ist, aber auch voller Hass und Bosheit, Gleichgültigkeit und Dekadenz.

Warum geht anscheinend so jedes Maß verloren? Warum regieren Dummheit und Überheblichkeit? Wieso scheinen so viele das Perfide, den Nasenring der Verführung nicht zu spüren? Sie schwimmen weiter im *Mainstream*-Strom. (Zu-) viele Fromme glauben denen in Kirche und Dom, die die Bibel verdrehen, sie missbrauchen und von Impfen sowie Wärmepumpen als Akt der Nächstenliebe schwafeln. Die, wie jüngst auf dem Kirchentag, sich blasphemisch versteigen und Gott als queer bezeichnen. Andere vertrauen den Medienlügnern und falschen Wissenschaftspropheten mehr als ihrem gesunden Menschenverstand. Der muss ihnen leider abhanden gekommen sein.

Was hat diese Polarisierung mit uns gemacht? Warum sind so viele immer noch nicht aus ihrem hypnotischen Schlaf aufgewacht? Sie zeigen pures Desinteresse, konsumieren trotz horrender Inflation weiter, rennen weg vor offensichtlichen Tatsachen. Lieber die unbequemen Wahrheiten verdrängen und ignorieren. Ja, sie haben in den vergangenen Jahren alles mitgemacht, haben andere diffamiert, ausgegrenzt und ausgelacht oder Schlimmeres. Sie haben das Verschwörung genannt, was heute als wahr und richtig erkannt wird.

Jetzt haben sie sich schon wieder verlaufen, drohen in den Sümpfen von Klimaangst und Kriegshysterie zu ersaufen. Nach wie vor nennen sie Gutes böse und Böses gut. Gutmenschentum in Irrsinn und Ignoranz gefangen. Die unsägliche Besserwisserei reitet blöd-stolz weiter auf ihrem Gaul.

Doch wo soll das alles hinführen? Werden Menschen ihre Schuld erkennen, sie bekennen und umkehren? Im damaligen Israel zu Jesu Zeiten taten das sehr viele, als Johannes, genannt der Täufer, sie dazu aufforderte. Er nannte ihre Übel drastisch beim Namen. Auch heute würde er ganz sicher wieder rufen: Kehrt um, das Urteil wird schon bald gesprochen. Kommt zurück zum Vater, der euch liebt. Der euch durch seinen Sohn gern vergibt. Geht in euch, seid ehrlich vor ihm, bekennt ihm eure Schuld. Dann werdet ihr in Jesus neues Leben finden. Dieser macht euch wahrlich frei. »Denn Gott hat die Menschen so sehr geliebt, dass er seinen einzigen Sohn für sie hergab. Jeder, der an ihn glaubt, wird nicht verlorengehen, sondern das ewige Leben haben.« (Joh. 3,16)

Der Autor war Diplom-Sportlehrer im Schuldienst und hat bereits mehrere eigene Lyrikbände herausgegeben. Er lebt mit seiner Familie im Westmünsterland.



JOURNALISMUS BESSER MACHEN

KOLUMNE MEDIEN

von Prof. Michael Meyen

Heute einmal Werbung in eigener Sache: Die Freie Akademie für Medien und Journalismus geht im Herbst in den zweiten Jahrgang – mit neuen Kursen, die auch Quereinsteiger zu Profis werden lassen.

Die Idee ist immer noch die gleiche: In den neuen Kanälen gibt es viele gute Ideen und noch mehr guten Willen. Was hin und wieder fehlt, ist Handwerk. Recherchieren und so schreiben, dass es jeder versteht und vor allem auch bereit ist, sich darauf einzulassen. Es gibt Ausnahmen, natürlich. Naturtalente wie Paul Brandenburg oder Paul Schreyer, die der Zeitgeist in den Journalismus gestoßen hat und die sich dort bewegen wie der Fisch im Wasser. Gestandene Größen, die die Seite gewechselt haben und einfach wissen, wie es geht. Milena Preradovic, Burkhard Müller-Ullrich, Kayvan Soufi-Siavash, Alexander Wendt, Markus Langemann. Diese Liste ist unvollständig, soll aber so oder so länger werden, wenn die Idee aufgeht, mit der meine Frau und ich im Sommer 2022 unsere Akademie gestartet haben. In Kurzform: Journalismus lässt sich trainieren. Wir hatten damals 35 Bewerbungen und haben das Feld geteilt: ein ganzes Jahr für die Jungen und ein Kompaktkurs für die etwas Älteren. Die Ergebnisse kann man sich auf unserer Webseite anschauen (https://www.freie-medienakademie.de/). Berichte aus der Landwirtschaft, aus Kuba und aus dem Alltag einer Hebamme, Rezensionen und Kommentare, ein Interview zu den US-Militärbasen in Deutschland.

Auf der Seite findet man auch das, was wir ab Oktober anbieten: wieder einen Kompaktkurs, dazu Trainings zu Bericht und Interview, zwei Textformen, die für das Publikum wichtig sind, weil es hier all das finden kann, was man braucht, um sich selbst eine Meinung zu bilden – wenn die Sachen denn gut gemacht sind. Was nicht im Internet steht: Mit einem Jahr Erfahrung denken wir, dass sich auch Einzelcoaching lohnt, vor allem für die, die sich ein Leben in der Öffentlichkeit vorstellen können, aber nie auf einer Journalistenschule waren. Was Sie noch wissen müssen, wenn Sie sich angesprochen fühlen? Für die Kurse geht es ein paar Tage in die wunderschöne Oberpfalz. Und die Mailadresse für all Ihre Fragen: *freie-medien-akademie@posteo.de*

Michael Meyen, geboren 1967 auf Rügen, ist Diplom-Journalist und Professor für Kommunikationswissenschaft in München.



Der ideologiekritische Regisseur Dietrich Brüggemann am 5. Juli 2023 zur Corona-Inszenierung: »Man kann nicht einfach so eine Nummer abziehen und dann so tun, als wäre alles ganz normal. Das Urteil der Geschichte ist gnadenlos. Es kommt langsam, aber gewaltig.« Foto: Commons



SPORT MIT BERTHOLD

IN EINEM BOOT

Ich war von 1978 bis 1983 in einem Schüleraustauschprogramm in Frankreich, habe aber in Paris keine Erfahrungen mit Menschen aus den Banlieues gemacht. Ich hatte aber immer den Eindruck, dass es zwei Seiten der Medaille gibt.

Beim Fußball gehören alle dazu: Wird mit der Nationalmannschaft gewonnen, dann sind es alle Franzosen – die aber nach dem Spiel in getrennten Welten leben. Die einen mit Perspektiven, die anderen mit den Optionen, die einem bleiben, wenn man im Ghetto aufwächst: Drogen, Prostitution, Kriminalität. Das hat leider nichts mit gelungener Integration zu tun.

AKTIVE DIENSTE?

Was und wer hinter den Aufständen in Frankreich steht, kann ich nicht beurteilen. In den heutigen Zeiten sollte man den Verfassungsschutz, Geheimdienste et cetera ebenfalls in Betracht ziehen, vielleicht wurde es von dieser Seite inszeniert.

Dass Geheimdienste aktiv sind, haben wir am Lago Maggiore vor ein paar Wochen erfahren. Da wurde auch erst von einer Geburtstagsfeier und einer Windhose berichtet, einem gekenterten Segelboot und Toten. Danach stellte sich heraus, dass es ein internationales Geheimdiensttreffen war, das von den Russen eine Nachricht erhalten hat. Es wurde trotz vier Toten nicht mehr weiter berichtet.

Zum Guten bei allem: Der Fußball kann viele Wunden heilen, da er verbindet und nicht spaltet, unabhängig von Glaube und Hautfarbe. Die französischen Fußballer habe ich in guter Erinnerung behalten, super Sportler und coole Typen, auch nach der aktiven Karriere. Ab und zu treffe ich den ein oder anderen wie Platini, Blanc oder Borghossian auf Golfturnieren – ist immer sehr lustig!

Thomas Berthold ist unter anderem Fußballweltmeister 1990 und Sportchef dieser Zeitung.

Grundgesetz

Die ersten 20 Artikel unserer Verfassung. Das Grundgesetz steht über der Regierung. Wenn eine Regierung die Verfassung bricht, haben die Menschen das Recht zum Widerstand. Artikel 1 und Artikel 20 sind zusätzlich durch die Ewigkeitsklausel geschützt. Unsere unabschaffbaren Grundrechte:

Artikel 1
(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.
(2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.
(3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.

Artikel 2
(1) Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.
(2) Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden.

Artikel 3
(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.
(2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.
(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

Artikel 4
(1) Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.
(2) Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.
(3) Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

Artikel 5
(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.
(2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.
(3) Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.

Artikel 6
(1) Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung.
(2) Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.
(3) Gegen den Willen der Erziehungsberechtigten dürfen Kinder nur auf Grund eines Gesetzes von der Familie getrennt werden, wenn die Erziehungsberechtigten versagen oder wenn die Kinder aus anderen Gründen zu verwahrlosen drohen.
(4) Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft.
(5) Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche und seelische Entwicklung und ihre Stellung in der Gesellschaft zu schaffen wie den ehelichen Kindern.

Artikel 7
(1) Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates.
(2) Die Erziehungsberechtigten haben das Recht, über die Teilnahme des Kindes am Religionsunterricht zu bestimmen.
(3) Der Religionsunterricht ist in den öffentlichen Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien Schulen ordentliches Lehrfach. Unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechtes wird der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt. Kein Lehrer darf gegen seinen Willen verpflichtet werden, Religionsunterricht zu erteilen.
(4) Das Recht zur Errichtung von privaten Schulen wird gewährleistet. Private Schulen als Ersatz für öffentliche Schulen bedürfen der Genehmigung des Staates und unterstehen den Landesgesetzen. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die privaten Schulen in ihren Lehrzielen und Einrichtungen sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen und eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird. Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte nicht genügend gesichert ist.
(5) Eine private Volksschule ist nur zuzulassen, wenn die Unterrichtsverwaltung ein besonderes pädagogisches Interesse anerkennt oder, auf Antrag von Erziehungsberechtigten, wenn sie als Gemeinschaftsschule, als Bekenntnis- oder Weltanschauungsschule errichtet werden soll und eine öffentliche Volksschule dieser Art in der Gemeinde nicht besteht.
(6) Vorschulen bleiben aufgehoben.

Artikel 8
(1) Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.
(2) Für Versammlungen unter freiem Himmel kann dieses Recht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes beschränkt werden.

Artikel 9
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Vereine und Gesellschaften zu bilden.
(2) Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten.
(3) Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Abreden, die dieses Recht einschränken oder zu behindern suchen, sind nichtig, hierauf gerichtete Maßnahmen sind rechtswidrig. Maßnahmen nach den Artikeln 12a, 35 Abs. 2 und 3, Artikel 87a Abs. 4 und Artikel 91 dürfen sich nicht gegen Arbeitskämpfe richten, die zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen von Vereinigungen im Sinne des Satzes 1 geführt werden.

Artikel 10
(1) Das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis sind unverletzlich.
(2) Beschränkungen dürfen nur auf Grund eines Gesetzes angeordnet werden. Dient die Beschränkung dem Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder des Bestandes oder der Sicherung des Bundes oder eines Landes, so kann das Gesetz bestimmen, daß sie dem Betroffenen nicht mitgeteilt wird und daß an die Stelle des Rechtsweges die Nachprüfung durch von der Volksvertretung bestellte Organe und Hilfsorgane tritt.

Artikel 11
(1) Alle Deutschen genießen Freizügigkeit im ganzen Bundesgebiet.
(2) Dieses Recht darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes und nur für die Fälle eingeschränkt werden, in denen eine ausreichende Lebensgrundlage nicht vorhanden ist und der Allgemeinheit daraus besondere Lasten entstehen würden oder in denen es zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes, zur Bekämpfung von Seuchengefahr, Naturkatastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen, zum Schutze der Jugend vor Verwahrlosung oder um strafbaren Handlungen vorzubeugen, erforderlich ist.

Artikel 12
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Die Berufsausübung kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes geregelt werden.
(2) Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht.
(3) Zwangsarbeit ist nur bei einer gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung zulässig.

Artikel 12a
(1) Männer können vom vollendeten achtzehnten Lebensjahr an zum Dienst in den Streitkräften, im Bundesgrenzschutz oder in einem Zivilschutzverband verpflichtet werden.
(2) Wer aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert, kann zu einem Ersatzdienst verpflichtet werden. Die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen. Das Nähere regelt ein Gesetz, das die Freiheit der Gewissensentscheidung nicht beeinträchtigen darf und auch eine Möglichkeit des Ersatzdienstes vorsehen muß, die in keinem Zusammenhang mit den Verbänden der Streitkräfte und des Bundesgrenzschutzes steht.
(3) Wehrpflichtige, die nicht zu einem Dienst nach Absatz 1 oder 2 herangezogen sind, können im Verteidigungsfalle durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu zivilen Dienstleistungen für Zwecke der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung in Arbeitsverhältnisse verpflichtet werden; Verpflichtungen in öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse sind nur zur Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben oder solcher hoheitlichen Aufgaben der öffentlichen Verwaltung, die nur in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis erfüllt werden können, zulässig. Arbeitsverhältnisse nach Satz 1 können bei den Streitkräften, im Bereich ihrer Versorgung sowie bei der öffentlichen Verwaltung begründet werden; Verpflichtungen in Arbeitsverhältnisse im Bereiche der Versorgung der Zivilbevölkerung sind nur zulässig, um ihren lebensnotwendigen Bedarf zu decken oder ihren Schutz sicherzustellen.
(4) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an zivilen Dienstleistungen im zivilen Sanitäts- und Heilwesen sowie in der ortsfesten militärischen Lazarettorganisation nicht auf freiwilliger Grundlage gedeckt werden, so können Frauen vom vollendeten achtzehnten bis zum vollendeten fünfundfünfzigsten Lebensjahr durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu derartigen Dienstleistungen herangezogen werden. Sie dürfen auf keinen Fall zum Dienst mit der Waffe verpflichtet werden.
(5) Für die Zeit vor dem Verteidigungsfalle können Verpflichtungen nach Absatz 3 nur nach Maßgabe des Artikels 80a Abs. 1 begründet werden. Zur Vorbereitung auf Dienstleistungen nach Absatz 3, für die besondere Kenntnisse oder Fertigkeiten erforderlich sind, kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes die Teilnahme an Ausbildungsveranstaltungen zur Pflicht gemacht werden. Satz 1 findet insoweit keine Anwendung.
(6) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an Arbeitskräften für die in Absatz 3 Satz 2 genannten Bereiche auf freiwilliger Grundlage nicht gedeckt werden, so kann zur Sicherung dieses Bedarfs die Freiheit der Deutschen, die Ausübung eines Berufs oder den Arbeitsplatz aufzugeben, durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden. Vor Eintritt des Verteidigungsfalles gilt Absatz 5 Satz 1 entsprechend.

Artikel 13
(1) Die Wohnung ist unverletzlich.
(2) Durchsuchungen dürfen nur durch den Richter, bei Gefahr im Verzuge auch durch die in den Gesetzen vorgesehenen anderen Organe angeordnet und nur in der dort vorgeschriebenen Form durchgeführt werden.
(3) Begründen bestimmte Tatsachen den Verdacht, daß jemand eine durch Gesetz einzeln bestimmte besonders schwere Straftat begangen hat, so dürfen zur Verfolgung der Tat auf Grund richterlicher Anordnung technische Mittel zur akustischen Überwachung von Wohnungen, in denen der Beschuldigte sich vermutlich aufhält, eingesetzt werden, wenn die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise unverhältnismäßig erschwert oder aussichtslos wäre. Die Maßnahme ist zu befristen. Die Anordnung erfolgt durch einen mit drei Richtern besetzten Spruchkörper. Bei Gefahr im Verzuge kann sie auch durch einen einzelnen Richter getroffen werden.
(4) Zur Abwehr dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit, insbesondere einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr, dürfen technische Mittel zur Überwachung von Wohnungen nur auf Grund richterlicher Anordnung eingesetzt werden. Bei Gefahr im Verzuge kann die Maßnahme auch durch eine andere gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden; eine richterliche Entscheidung ist unverzüglich nachzuholen.
(5) Sind technische Mittel ausschließlich zum Schutze der bei einem Einsatz in Wohnungen tätigen Personen vorgesehen, kann die Maßnahme durch eine gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden. Eine anderweitige Verwertung der hierbei erlangten Erkenntnisse ist nur zum Zwecke der Strafverfolgung oder der Gefahrenabwehr und nur zulässig, wenn zuvor die Rechtmäßigkeit der Maßnahme richterlich festgestellt ist; bei Gefahr im Verzuge ist die richterliche Entscheidung unverzüglich nachzuholen.
(6) Die Bundesregierung unterrichtet den Bundestag jährlich über den nach Absatz 3 sowie über den im Zuständigkeitsbereich des Bundes nach Absatz 4 und, soweit richterlich überprüfungsbedürftig, nach Absatz 5 erfolgten Einsatz technischer Mittel. Ein vom Bundestag gewähltes Gremium übt auf der Grundlage dieses Berichts die parlamentarische Kontrolle aus. Die Länder gewährleisten eine gleichwertige parlamentarische Kontrolle.
(7) Eingriffe und Beschränkungen dürfen im übrigen nur zur Abwehr einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr für einzelne Personen, auf Grund eines Gesetzes auch zur Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, insbesondere zur Behebung der Raumnot, zur Bekämpfung von Seuchengefahr oder zum Schutze gefährdeter Jugendlicher vorgenommen werden.

Artikel 14
(1) Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.
(2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.
(3) Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt. Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen. Wegen der Höhe der Entschädigung steht im Streitfalle der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten offen.

Artikel 15
Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden. Für die Entschädigung gilt Artikel 14 Abs. 3 Satz 3 und 4 entsprechend.

Artikel 16
(1) Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht entzogen werden. Der Verlust der Staatsangehörigkeit darf nur auf Grund eines Gesetzes und gegen den Willen des Betroffenen nur dann eintreten, wenn der Betroffene dadurch nicht staatenlos wird.
(2) Kein Deutscher darf an das Ausland ausgeliefert werden. Durch Gesetz kann eine abweichende Regelung für Auslieferungen an einen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder an einen internationalen Gerichtshof getroffen werden, soweit rechtsstaatliche Grundsätze gewahrt sind.

Artikel 16a
(1) Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.
(2) Auf Absatz 1 kann sich nicht berufen, wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist. Die Staaten außerhalb der Europäischen Gemeinschaften, auf die die Voraussetzungen des Satzes 1 zutreffen, werden durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, bestimmt. In den Fällen des Satzes 1 können aufenthaltsbeendende Maßnahmen unabhängig von einem hiergegen eingelegten Rechtsbehelf vollzogen werden.
(3) Durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, können Staaten bestimmt werden, bei denen auf Grund der Rechtslage, der Rechtsanwendung und der allgemeinen politischen Verhältnisse gewährleistet erscheint, daß dort weder politische Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfindet. Es wird vermutet, daß ein Ausländer aus einem solchen Staat nicht verfolgt wird, solange er nicht Tatsachen vorträgt, die die Annahme begründen, daß er entgegen dieser Vermutung politisch verfolgt wird.
(4) Die Vollziehung aufenthaltsbeendender Maßnahmen wird in den Fällen des Absatzes 3 und in anderen Fällen, die offensichtlich unbegründet sind oder als offensichtlich unbegründet gelten, durch das Gericht nur ausgesetzt, wenn ernstliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Maßnahme bestehen; der Prüfungsumfang kann eingeschränkt werden und verspätetes Vorbringen unberücksichtigt bleiben. Das Nähere ist durch Gesetz zu bestimmen.
(5) Die Absätze 1 bis 4 stehen völkerrechtlichen Verträgen von Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften untereinander und mit dritten Staaten nicht entgegen, die unter Beachtung der Verpflichtungen aus dem Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, deren Anwendung in den Vertragsstaaten sichergestellt sein muß, Zuständigkeitsregelungen für die Prüfung von Asylbegehren einschließlich der gegenseitigen Anerkennung von Asylentscheidungen treffen.

Artikel 17
Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden.

Artikel 17a
(1) Gesetze über Wehrdienst und Ersatzdienst können bestimmen, daß für die Angehörigen der Streitkräfte und des Ersatzdienstes während der Zeit des Wehr- oder Ersatzdienstes das Grundrecht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten (Artikel 5 Abs. 1 Satz 1 erster Halbsatz), das Grundrecht der Versammlungsfreiheit (Artikel 8) und das Petitionsrecht (Artikel 17), soweit es das Recht gewährt, Bitten oder Beschwerden in Gemeinschaft mit anderen vorzubringen, eingeschränkt werden.
(2) Gesetze, die der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung dienen, können bestimmen, daß die Grundrechte der Freizügigkeit (Artikel 11) und der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13) eingeschränkt werden.

Artikel 18
Wer die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit (Artikel 5 Abs. 1), die Lehrfreiheit (Artikel 5 Abs. 3), die Versammlungsfreiheit (Artikel 8), die Vereinigungsfreiheit (Artikel 9), das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Artikel 10), das Eigentum (Artikel 14) oder das Asylrecht (Artikel 16a) zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht, verwirkt diese Grundrechte. Die Verwirkung und ihr Ausmaß werden durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen.

Artikel 19
(1) Soweit nach diesem Grundgesetz ein Grundrecht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden kann, muß das Gesetz allgemein und nicht nur für den Einzelfall gelten. Außerdem muß das Gesetz das Grundrecht unter Angabe des Artikels nennen.
(2) In keinem Falle darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden.
(3) Die Grundrechte gelten auch für inländische juristische Personen, soweit sie ihrem Wesen nach auf diese anwendbar sind.
(4) Wird jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg offen. Soweit eine andere Zuständigkeit nicht begründet ist, ist der ordentliche Rechtsweg gegeben. Artikel 10 Abs. 2 Satz 2 bleibt unberührt.

Artikel 20
(1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.
(2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.
(3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.
(4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.

AUCH DIE TOTEN WERDEN VOR DEM FEIND, WENN ER SIEGT, NICHT SICHER SEIN.
WALTER BENJAMIN

Art. 146 *Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit [erst] an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.*